

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. | Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. | vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Postsparschafkonto 57544. | Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Neuere Politik.

Unter ärgster Falschmeldung nennt eine Zeitung die Programmrede Benesch eine „diplomatische Rede“. Wir stellen gestern in der Besprechung der innerpolitischen Ausführungen des Ministerpräsidenten fest, welche Enttäuschung diese Rede für alle bedeutete, welche erwartet hatten, daß Benesch etwas Ernstes und Greifbares sagen werde und noch mehr gilt das Gesagte von seinen außenpolitischen Ausführungen. Wenn man unter „diplomatischer Rede“ das nichts-jagende Herumreden um die Dinge, das Verschweigen und Verhüllen der Tatsachen, die Schönfärberei auf Kosten der Wahrheit versteht, mit einem Worte die rühmlosen und abgebräuteten Behelfe und Mittelchen jener Geheimdiplomatie meint, deren auf die Täuschung der Völker berechnetes Treiben die Weltkatastrophe herbeiführte, so hat sich Benesch allerdings als ein gelehriger Schüler dieser Schule des Verderbens der Völker gezeigt, aber wenn man Diplomatie mit Haatzmännlichkeit überseht, so ist Benesch alles schuldig geblieben, was die Verleugung dieses Titels an ihn rechtfertigen könnte. Während sich die Schwierigkeiten des Staates häufen, ringsum neue Konflikte und Brandherde entstehen, die wirtschaftliche Unsicherheit wächst und die Welt sich immer mehr im Fieber schüttelt, sieht Benesch alles im rosigsten Lichte und spendet sich, seinen „großen Verbündeten“ und ihrer Politik uneingeschränktes Lob. Alles sieht er glatt und geordnet vor sich, überall nur Konsolidierung, Ruhe und Sicherheit und verjäumt es im übrigen nicht, stolze Seitenblicke auf das herrliche Kriegsgewalt, die schimmernde Wehr des tschechoslowakischen Staates zu werfen, die schon alles ebnet wird, was sich seiner Politik der „Konsolidierung“ und „Stabilisierung“ etwa entgegenstellen wollte. Wer diese Wortkaskade als Diplomatie ansieht, dem werden wir eine solche Unbefangenheit wahrlich nicht.

Herr Dr. Benesch glaubt, daß wir „auch“ in der auswärtigen Politik in eine „neue Periode“ treten. Das „auch“ sagt genug. — Wenn die neue Periode der äußeren Politik jener der inneren Politik, deren Art und Verkündigung wir vorgestern mit dem tiefsten Befremden erlebten, gleicht, dann kann man sich schon vorstellen, was sie bedeutet. Der Ministerpräsident widmet dann dem Minister des Auswärtigen einen Vorberichts und behauptet kühn, die drei Jahre seiner Außenpolitik wiesen „sicherlich beträchtliche Arbeitserfolge“ auf und bedeuten einen ständig wachsenden Fortschritt der Konsolidierung des Staates. Nur Lumpen sind beschreiben, sagt er sich wohl und er will nicht sehen, wie die neue, nach dem Kriege errichtete imperialistische Gewaltordnung, an deren Aufrichtung, Stützung und Förderung Benesch als Kammerdiener der Weltgeschichte die Mitschuld trägt, alles eher als einen wachsenden Fortschritt der Konsolidierung des Staates bedeutet. Benesch zeigt, was er wohl auch für ein Kennzeichen seines diplomatischen Talentes ansieht, eine besondere Vorliebe für Kautschukworte; die besagen nichts, bedeuten alles und verpflichten zu nichts. So rühmt er denn das von ihm eingeleitete Heldenzeitalter der äußeren tschechoslowakischen Politik als auf einer „gewissen Tradition“ aufgebaut, die er weiter „herausblenden“ und „stetig kräftigen“ will. Was man nach drei Jahren von einer „Tradition“ sprechen kann, ist ebenso unerfindlich wie Wesen und Inhalt dieser „Tradition“ selbst, die er herausgebildet hat und sie ständig kräftigen will, er gleitet denn auch auslaut darüber hinweg.

Von dem Verhältnis der Tschechoslowaken zu den Ententestaaten behauptet Benesch, daß es innig und freundschaftlich sei und sich vertiefe. Vertiefen und kräftigen, die ganze „Neue Freie Presse“, die auch in allen ihren betrachtenden außenpolitischen Leitartikeln vom „vertiefen und ausbauen“ aller guten Beziehungen sprach, bis der Weltkrieg verheerend hereinbrach. Daß wirklich alles so rosig aussieht, wie Benesch erzählt, das muß nach seinem Mißerfolg in Westungarn, da ihn Italien als Vermittler recht grob zur Seite schob, nach seinem Mißerfolg, den die Beneidiger Beschlüsse darstellen, nach den Eifersüchteleien Italiens gegen Jugoslawien, dem engeren Verbündeten der Tschechoslowaken und nach den nicht gerade freundlichen Zeitungstimmen, die aus Rom zu uns herüberklingen, mit größter Skepsis aufgenommen werden. Im andauernden „vertiefen und kräftigen“ sind wir nachgerade zu einem scharfen Gegensatz zwischen der großen und der kleinen Entente gekommen, doch auch davor weiß uns die Rede Benesch nicht zu berichten. Auch hier bietet sie halt Klarheit und Offenheit nur Kautschuk: keine Entente... wichtiges Aktuum... Schirm der neuen Ordnung... starker Faktor des Friedens...

Und wieder nur Kautschuk in dem Teilchen der Rede, das von den Beziehungen zu Deutschland spricht: „Auch unsere Beziehungen haben sich stabilisiert; auch bezüglich ihrer hat sich eine Tradition herausgebildet...“ Schon wieder die „Tradition“ und „Stabilisierung“! Wie oft will Herr Dr. Benesch diese verwachsenen Begriffe zur Bemäntelung seiner wahren Absichten noch mißbrauchen! Es ist doch sonderbar, daß er jetzt zu einer Zeit von der „Stabilisierung“ der Beziehungen zu Deutschland spricht, da sich die Meldungen von der Hilfeleistung Dr. Benesch in der obersteilischen Frage bei der Entente zugunsten Polens immer mehr verdichten! Er sucht dies wohl zu leugnen, aber auffallend bleibt, daß seit der Entscheidung wegen Oberschlesien zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die bisher wie Hund und Katze gegeneinanderstanden, heftige Liebesbeteuerungen ausgetauscht wurden, sodas die Annahme wohl Berechtigung hat, daß sich Herr Benesch mit Polen auf Kosten und zum Schaden Deutschlands verständigte. Daß eine solche Politik für die Tschechoslowakei verhängnisvoll ausfallen müßte, wird jeder verstehen, der weiß, welche wirtschaftliche Verfühlung unseres Staates mit Deutschland besteht, und wie seine Schädigung uns am eigenen Leibe treffen muß. Herr Dr. Benesch deklamiert weiter sein Sprüchlein von Stabilisierung!

Den schärfsten Widerspruch aber muß das „Konsolidierungsprogramm“ des Ministerpräsidenten dort finden, wo er als ersten und obersten Grundsatz des Programms die Geltendmachung der Verträge, welche aus der Pariser Friedenskonferenz hervorgegangen sind, fordert. Konsolidierung und die Friedensverträge, wels toller Widerspruch! Der imperialistische Gewaltfriede stürzt seit seinem Bestande die Welt in immer neue Wirren, immer größere, stets wiederkehrende Gefahren. Die Zerstückelung alter Wirtschaftsgebilde, die skrupellose Eintreibung der Vorkriegsschulden, die furchtbare Last der Deutschland auferlegten Reparationsleistungen, alles das bedingt die schwerste wirtschaftliche Erschütterung, zeitigt den Valutajammer, die Erwürgung aller geregelter Handelsbeziehungen, schafft Krisen, Arbeitslosigkeit und steigendes Massenelend sowohl in den besiegten als in den Siegerstaaten. Aber Dr. Benesch ist für die „Geltendmachung der Verträge“! Der

Friede von Sevres hat durch den griechisch-türkischen Krieg ein Led erhalten, der Friede von Trianon und von St. Germain wurde zugunsten Ungarns durchlöchert, der Friedensvertrag von Versailles wurde in der obersteilischen Frage wie ein feines Papier behandelt und in England, Amerika und Frankreich beginnt sich die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die Friedensverträge die Quelle aller Armut, die Bedrohung des Friedens der Welt sind und die Stimmen mehrten sich, die auf Revision der Ver-

träge drängen. Nur Benesch will sie weiter trenn hüten, wie Schlot besteht er auf seinem Schein und verlangt sein Pfund Fleisch. So wenig Dr. Benesch, wie seine Rede zeigt, sich berufen fühlt, die inneren Probleme des tschechoslowakischen Staates anzupacken, so wenig auch will er die Zeit verschieben, will nicht erkennen, daß die Schilfknappendienste, die er den imperialistischen Ententegewaltigen leistet, dem Staate und seinen Völkern tiefe Wunden schlagen.

Debatte zur Regierungserklärung. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Der gestrige Tag war mit dem Beginn der Debatte zur Regierungserklärung ausgefüllt. Die Parteien haben im allgemeinen ihre Wortführer vorgeschickt. Die Debatte bewegte sich auf ziemlich hoher Höhe.

Nach einer prinzipielleren Erklärung des Deutschen parlamentarischen Verbandes, die Abg. Krejčí vorlas, kam der Nationalsozialist Strieborny zu Wort, der vorerst so eine Art Streiberer zu den Deutschen in diesem Staate halten wollte und dann in die nationalsozialistischen Redensarten verfiel. Seine temperamentvolle Vaterlandsbegeisterung rief bei den Kommunisten eifrigen Widerspruch hervor.

Nach ihm sprach Genosse Dr. Čejka. In eineinhalbstündiger formvollendeter Rede hielt er mit der Regierungserklärung Abrechnung, wies auf den Widerspruch der Versprechungen Masaryks und der Erfüllung Benesch hin, geißelte in überaus treffender Weise die tschechische Phraseologie vom „Bekennnis“ zum Staat, zeigte an dem Vergleich des Brünner zum Teplitzer Programme unsere unveränderte Stellung zu den nationalen Problemen im alten Österreich und in der Tschechoslowakei und sand so beweiskräftige Argumente für eine gerechte Lösung des Nationalitätenproblems, daß sie nur an tauben Ohren wirkungslos vorbeiklingen konnten. Klar und eindeutig wies er den Weg zu einer Lösung der nationalen Frage. In besonders energischer Weise forderte er namens der deutschen Sozialdemokratie die sofortige Beendigung der politischen bedeutungslos Rede wurde von Abgeordneten aller Parteien mit großem Interesse angehört. Lebhaftes Beifalls- und Zustimmungskundgebungen begleiteten die wirkungsvollen minuter scharf satirischen Pointen.

Von den sonstigen Rednern seien insbesondere Abg. Dr. Winter hervorgehoben, der erklärte, daß die tschechische Sozialdemokratie unbedingt darauf beharren muß, daß die Sozialversicherung unbedingt in kürzester Zeit Gesetz werden muß. Nur insoweit werden sie die Regierung unterstützen. — Abg. Burian (tsch. Kom.) besprach vor allem die Verfolgungen der Kommunisten in der Slowakei und gab eine Erklärung seiner Partei über deren Stellungnahme zur westungarischen Frage ab. Abg. Wittich (ungarischer Sozial.) besprach die Arbeiterverhältnisse in der Slowakei. Der Abg. Hodza forderte die Autonomie für die Slowakei.

Der Vorsitzende Tomášek eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten vormittags. Die Regierungsvorlage des Finanzgesetzes wurde dem Budgetausschusse mit der Aufforderung überwiesen, seinen Bericht bis zum

15. November vorzulegen. Darauf wird die Debatte über die Regierungserklärung eröffnet.

Der erste Redner, Abgeordneter Krejčí (deutscher parl. Verband) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt:

In einer Zeit, die die wichtigsten inner- und außerpolitischen Fragen gebieterisch eine ernste Würdigung und eine klare Stellungnahme fordern, hat es die neue Regierung für gut befunden, das Parlament mit einer Anknüpfung der Regierungserklärung zu versehen, die internationale Lage. Sie zeigt einen unbegründeten Optimismus gegenüber den innerstaatlichen Schwierigkeiten. Seit der Begründung dieses Staates ist die Regelung des Verhältnisses der Völker zueinander niemals ernstlich in Angriff genommen worden. Der Deutsche Parlamentarische Verband hat vielmehr aus den bisherigen Erfahrungen die Überzeugung geschöpft, daß in diesem Staate die Deutschen immer nur mit Worten vertröstet werden, hinter denen niemals der Wille zur Erfüllung steht. Sache der Regierung wäre es gewesen, eine öffentliche Erklärung darüber abzugeben, wie sie sich die Anbahnung des inneren Friedens vorstellt. Das vollkommene Schweigen der Regierung über die von deutscher Seite wiederholt erhobenen Beschwerden und Forderungen läßt annehmen, daß die Regierung entweder die Grundlagen und Lebensbedingungen dieses Staates vollständig verkennt, oder daß sie sich krankhaft schämt, auch nur den Anschein eines Entgegenkommens den Deutschen gegenüber zu erwecken. Dem Deutschen Parlamentarischen Verbande erübrigt nichts anderes, als mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. Der Deutsche Parlamentarische Verband wird daher gegen die Regierungserklärung stimmen.

Darauf erregt Abgeordneter Strieborny (tschechischer Nation. Soz.) das Wort. Seine Kritik über er nicht aus agitatorischen oder demagogischen Gründen, aber es schiene ihm, daß die Deutschen eine sehr unglückliche Politik treiben. Die abgebrauchtesten Phrasen mit dem gewohnten Inhalt der Vorwürfe marschieren auf. Die Deutschen wollen die ruhige Arbeit der Tschechen stören, aber den Schaden tragen sie selbst. Sie verkennen die Seele des tschechischen Volkes; sonst würden sie eine andere Politik treiben. Die Grundlagen des Staates seien fester, als von den Deutschen geglaubt werde. Revolution zu machen, seien die Deutschen nicht fähig. Großdeutschland mit seinen 50 Millionen Einwohnern habe heute andere Sorgen, als eine fremde Irredenta zu unterstützen. Die Gefahr liege einzig und allein darin, durch wirtschaftliche Unsicherheit den Staat zu zerstören. Sozialismus bedeute ihm Lebensaufgabe, wirklicher Realismus, mit der die Verhältnisse zu betrachten seien. Einen neuen Panflotendruck gestatte

seine Partei nicht. Die neue Regierung, die sich gut eingeführt habe, müsse unterstützt werden. (Beifall bei den Parteigenossen).

Abgeordneter Genosse Dr. Czoch:

Das Programm, das wir gestern zu hören bekamen, ist das richtige Spiegelbild der neuen Regierung. Es offenbart die dieser Regierung innewohnenden Anschauungen und Interessen. Zerlegen wir das Programm Benešs in seine Teile und sofort wird es sichtbar, daß es nichts anderes ist als eine Zusammenfassung von Gemeinplätzen und Schlagworten. Wo Bestimmtes gesagt wird, folgen unmittelbar darauf Verlaufsleistungen, Einschränkungen, Vorbehalte, Bedenken und tausenderlei „Wenn und Aber“. Kann hat das Wort das Gehege der Jahre verlassen, schon sucht ihm ein anderes nach, um es auszuhöhlen und ins Gegenteil zu verkehren. Und was übrig bleibt, sind Worte, nichts als Worte. Machen wir eine Probe aufs Exempel. Greifen wir das für eine der koalitierten Parteien, für die tschechische sozialdemokratische Partei Wichtigste, die Sozialversicherung heraus. Was wurde darüber alles gesagt, angelündigt, daß es keineswegs wie immer geartete Bedenken mehr gebe, die Sozialversicherung unbedingt gemacht werden müsse, sie das wichtigste Programm der Regierung bilden werde, die Sozialversicherung ohne eine Zusammenarbeit der tschechischen sozialdemokratischen Partei mit den übrigen Koalitionsparteien unmöglich sei. Und nun kommt die Regierung und sagt, sie werde die Sozialversicherung machen und wolle sie machen, aber Achtung auf die große wirtschaftliche Anspannung! Achtung auf die Bedrohung des Produktionswertes! Achtung auf die Gefährdung der wirtschaftlichen Arbeit! Achtung auf die Gefährdung der finanziellen Solidarietät des Staates! Vorsicht wegen des Exports! Vorsicht wegen der internationalen Konkurrenz! Meine Herren, ich zitiere wörtlich, was in diesem Teil der Regierungserklärung gesagt wird: Bedenken auf die Konsolidierung und Konstruktion des Staates und darum planmäßiges Durchdenken des Problems, kein abenteuerliches Vorgehen, sondern etappenweise Vorrückung auf dem Gebiete der Sozialversicherung. Ich frage, was übrig bleibt und ob nicht ein einziger der Einwände, die ich angeführt habe, an sich schon genügen würde, das ganze Problem zu zerstückeln.

Oder ein zweites Beispiel: die Trennung der Kirche vom Staate. Die Regierung rühmt sich, daß sie sich mit diesem Problem aktiv beschäftigt. Aber sie will es machen im Kontakt mit den einzelnen Parteien und mit dem ganzen Parlament. Sie spüren den Gegensatz: einzelne Parteien und ganzes Parlament! — Sie will es machen im demokratischen Geiste, ferner im Geiste der Toleranz, weiters im Geiste der Freiheit der Ueberzeugung, ferner im Geiste der Achtung der religiösen Gefühle, nicht gewaltsam, nicht überstürzt, und nur im vernünftigen Einvernehmen. Wer erinnert sich da nicht an die Stoffenzer der verliebten Jungfrau: „Er liebt mich, von Herzen, mit Schmerzen, sehr viel, ein wenig, oder gar nicht...“ (Heiterkeit). Ich glaube, dabei wird es wohl bleiben. Uebrigens glaube ich nicht, daß allzugroße Vorsicht am Platze ist. Die Regierung besitzt gerade beim Kapitel „Trennung der Kirche vom Staate“ einen starken Aktiopolsten, und dieser Aktiopolsten ist — verzeihen Sie mir die persönliche Note, — der Herr Minister Schramel. (Zwischenruf: Der gibt den Ton an!) Der wird es schon machen und wenn ich es mir vor Augen halte, erinnere ich mich eines guten Wortes, das auch auf diese Situation paßt, das Koda Koda einmal gesprochen hat: „Der Antisemitismus kann mir blühen, wenn ihn die Juden in die Hand nehmen“. Und die Trennung der Kirche vom Staate wird erst gemacht werden, bis sie der Herr Professor Schramel macht. (Zustimmung und Heiterkeit). Jeder Punkt der Regierungserklärung zerrinnt einem unter den Händen. Das ergibt sich aus den Gegensätzen, aus denen sich das Kabinett, die Regierung und die koalitierten Parteien zusammensetzen: Kapital und Arbeit, Konsumenten und Agrarier, Freigeister und Akerisale! Man mag diese Gegensätze für eine Zeit lang verklitten, aber überbrücken lassen sie sich auf die Dauer nicht. Und werden sie einmal lebendig — wir haben das schon bei der Regierung Aramarsch und auch sonst erlebt — so wird die aus den heterogensten Elementen zusammengesetzte Phalanx wie ein Kartenhaus zusammenstürzen und das ganze Lustgebäude, auf welche die Koalition aufgebaut ist, einfach in Schutt legen.

Herr Ministerpräsident Dr. Beneš jetzt seine ganze Hoffnung auf die Parteienvereinbarung. Aber er übersieht eines vollständig, daß wir in einer Zeit der Klassenkämpfe leben und daß sich auf die Dauer ein Kompromiß zwischen den Machthabern des Kapitalismus und dem Sozialismus nicht bewerkstelligen läßt. Das Gebäude ist so fest, daß selbst die

harmloseste von der deutschen Opposition eingebrachte Resolution eines schönen Tages dieses Gebäude wegblasen kann. Wir erblicken in dem Versuch einer allnationalen Koalition, in dem Versuch der Beseitigung der Staatskrise durch den nationaleinigen Gedanken nichts anderes als einen naiven Anachronismus, als einen potenzierten Staatsdilettantismus.

Was Masaryk sagt und worauf Dr. Beneš wartet.

Die ganze Öffentlichkeit wartet nach der Preßburger Rede des Präsidenten Masaryk, nach der Auseinandersetzung zwischen ihm und dem deutschen Botschafter von Preßburg mit größter Spannung darauf, wie sich die Regierung das Verhältnis der Deutschen zur übrigen Bevölkerung denkt. Und die Regierung antwortet, sie denkt sich die Lösung der nationalen Frage im „liberalsten Geiste, auf rechtlicher Grundlage nach dem demokratischen Prinzip der Verfassung und — nach den Ergebnissen der Volkszählung.“ Jetzt wissen wir also, woran es geht hat: An der Statistik. Das sagt der Herr Außenminister und Ministerpräsident, der sich rühmt, an der Konstruktion dieses Staates mitgearbeitet zu haben, der sich unter anderem auch den Vater des Minoritätenproblems in diesem Staate nennen kann. — der wartet auf die Ergebnisse der Statistik! Präsident Masaryk spricht vor den Deutschen in Preßburg und bezeichnet den Staat als einen gemischtsprachigen Staat. Der Herr Ministerpräsident wartet auf die Ergebnisse der Statistik, um den Grundcharakter dieses Staates zu erkennen. Präsident Masaryk sagt, daß er seine Behörden anweisen werde, sich vom Geiste der Menschlichkeit und Gerechtigkeit leiten zu lassen und der Herr Ministerpräsident und die neue Regierung finden kein einziges versöhnliches Wort für die deutsche Bevölkerung. So beweisen sie, meine Herren, daß die Regierung nicht die Zeichen der Zeit versteht, daß die Regierung nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben sich befindet, daß die Regierung die Pflichten nicht kennt, die ihr in diesem kampfdurchwühlten Staate zufallen.

Die Wirtschaftskrise.

In dem Streben, nach außen hin zu wirken, wird von der Regierung ein ganz unrichtiges Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Staate gegeben. Alles wird, wie in der Außenpolitik in rosa und blüprosa gefärbt. Wir stehen vor einer schweren Wirtschaftskrise in diesem Staate oder besser gesagt, mitten drin. Große Industriezweige sind lahmgelegt: Prager Eisen, Wilschowitz, Trzyniec, Kladno, überall sind die Defen zum Teile gelähmt und überall wird mit gekürzten Schichten gearbeitet. Wer trägt die Schuld und die Verantwortung dafür? Sie fällt auf die verheerenden Handels- und Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierung und vor allem ist die Schuld der unglückseligen Valutapolitik beizumessen, der Handelspolitik, die wir auf die große Entente und vor allem auf Frankreich eingestellt haben, wobei wir an die nachbarschaftlichen Absatzgebiete auf Absatzgebiet verloren haben. Alles wurde im Staate auf den Kronenkurs eingestellt, wobei man natürlich anfänglich einen Erfolg hatte, dann aber sank die Krone und die Vorteile dieser unglückseligen Valutapolitik sind bald verschwunden. Um so tiefer und empfindlicher bemerkbar mußten sich alle Nachteile machen. Das Sinken des Kronenkurses hat natürlich eine Verteuerung unserer Auslandsbezüge an Rohstoffen herbeigeführt. So hat die ganze Wirtschaftspolitik in diesem Staate elend Schiffbruch gelitten.

Bodenreform.

Es wird ständig von Demokratie gesprochen, es regnet förmlich demokratische Verheißungen, man spricht von Errungenschaften der nationalen Revolution usw. Das tschechische Volk war einmal demokratisch und die tschechische Bourgeoisie war einmal revolutionär. Als sie aber aus Ziel gelangt war, hat das Nationale aufgehört, revolutionär zu sein. Da ist der Kampf der tschechischen Bourgeoisie um die eigene nationale Freiheit umgeschlagen in die nationale Bedrückung der anderen Völker.

Was bedeutet jetzt die Frage nach dem Bekenntnis? Man fragt uns, wenn wir die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, nicht, sondern man zwingt uns, und die Maschinerie des Gesetzes sorgt schon für die Bejahung dieses Staates. Wenn Sie den Standpunkt vertreten, daß die Verwilligung von Rechten eine Belohnung sein soll für die Gewährung staatsbürgerlicher Freiheit, so können wir uns zu diesem Gesichtspunkt absolut nicht aufschwingen. Wir Sozialdemokraten können nicht ein Bekenntnis zu einem kapitalistischen Staate machen. (Beifall.) Wir anerkennen die ökonomischen Fundamente dieses Staates nicht, wir lehnen diesen Staat in seinen ökonomischen Grundlagen ab und können ihn nicht bejahen. Wie wir sonst zu diesem Staate stehen, haben wir bei unserem Eintritt ins Parlament deut-

lich gesagt: Wir halten an dem Selbstbestimmungsrechte fest! Wir sagen aber auch: Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates unseren geschichtlichen Kampf aufnehmen. Wir hoffen, daß auch dieses Parlament eines der Instrumente sein wird, die Lösung der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats herbeizuführen. Wir wollen versuchen, uns hier häuslich einzurichten, wenn Sie uns das Leben erträglich machen. Wir sind jederzeit bereit, uns mit Ihnen auseinanderzusetzen. Wir glauben aber, daß sich niemand an den Verhandlungstisch setzen wird, wir glauben, daß die Worte der Versöhnung, die wir sprechen, auf unfruchtbaren Boden fallen werden. Aber wir sind bereit. Wenn einmal die tschechischen Sozialdemokraten die Staatsideologie, die nationale Solidarität hinter den Klassenkampf gestellt haben werden, dann hat die letzte Stunde dieser jetzigen allnationalen Politik geschlagen.

Verwaltung und Justiz.

Täglich werden Versammlungen in der Slowakei, aber auch in anderen Gebieten behördlich aufgelöst. Hausdurchsuchungen sind auf der Tagesordnung. Wie es mit der Presse bestellt ist, habe ich an anderer Stelle gesagt. Daß das Prügelpalett in den Nachfolgestaaten gilt, beweist den Geist in diesen Nachfolgestaaten. Inmunitätsverletzungen sind an der Tagesordnung. Und was bleibt übrig: Panik, Spielberg und Borch. Unwürdig an dieses System reiht sich auch noch die Justiz. Redner bespricht die Vorfälle Bolava und der 19 Arbeiter aus Aican und fährt fort:

Daß sich darob eine grenzenlose Erbitterung in den Kreisen der Arbeiterschaft, nicht bloß in den kommunistischen, geltend macht, brauche ich nicht zu sagen. Ich lebe in Brünn und sah es, wie die Arbeiter scharenweise zu den Gefängnissen pilgerten, als die Arbeiter dort eingekerkert waren. Darum bin ich der Meinung: Es gibt keine andere Möglichkeit, als die Kerker zu öffnen.

Redner bespricht hierauf ausführlich das Brünnner und Teplitzer Nationalitätenprogramm und fährt fort: Die Auseinandersetzung war notwendig. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir jederzeit zu einer Auseinandersetzung bereit sind. Wollen Sie nicht, wir können warten. Ich sage Ihnen, Ihre Rechnung hat ein großes Loch. Auch das Leben der tschechischen Arbeiter verschärft sich mit jedem Tag, die wirtschaftlichen Tatsachen zeigen immer deutlicher, daß diesem kapitalistischen Staate gegenüber kein anderer Kampf möglich ist, als der Klassenkampf. Hier werden sich die Arbeiter aller Nationen finden. Dann aber kommt die Neuordnung der Dinge und dann wird auch dieser Staat vor dem Urteil der Weltgeschichte bestehen können. (Großer Beifall.)

Abg. Maslypetr (tschech. Agrarier) weist jede Art von Diktatur zurück. Die sicherste Grundlage des Staates sei die Landbevölkerung.

Abg. Durian (Kommunist) erklärt, für die stärkste und bestorganisierteste Partei des Staates zu sprechen. Deshalb habe sein Standpunkt große Bedeutung. Die neue sogenannte parlamentarische Regierung hätte die Fehler des Beamtenregimes gutzumachen. Die Regierungserklärung enthalte nichts davon. Sie treibe Vogel-Strauß-Politik. Sie schweige von den gegenwärtigen Angriffen des Kapitalismus gegen die Arbeiterschaft, von der Erneuerung der im letzten Jahr geknebelten bürgerlichen Freiheit. Im Gegenteil: die Zeitungskonfiskationen mehren sich, die Verhältnisse in der Slowakei seien despotisch zu nennen usw. Er fordert Energie gegen die Reaktion und erklärt, der Zusammenbruch Oesterreichs ziehe den der Tschechoslowakei nach sich. Die Arbeiterschaft Oesterreichs müsse von der Tschechoslowakei bewaffnet werden. Er erwartet neue Wahlen und mit ihnen den Sieg des Sozialismus. (Beifall bei den Kommunisten).

Daraus entsteht auf den Bänken der Regierungsparteien großer Lärm, der auch anhält, als der nächste Redner die Tribüne besteigt.

Abg. Dr. Gruban (tschech. Volkspartei). Seine Partei verspricht, die Regierung zu unterstützen, wenn sie das mit den Parteien vereinbarte Programm durchführt. Er erklärt, seine Partei sei für die Länderautonomie, die nicht zum Separatismus führe.

Abg. Dr. Velez (magyar. Christl.-Soz.) spricht maharisch, was den Slowaken Anlaß zu lärmern gibt. Er erklärt, in der Slowakei sei das Selbstbestimmungsrecht kraft mißachtet worden.

Abg. Dr. Winter (tschech. Soz.-Demokr.) spricht zu dem Teil der Regierungserklärung, der sich mit der Sozialpolitik beschäftigt.

Abg. Modraschek prophezeit der gegenwärtigen Regierung keine lange Dauer.

Abg. Dr. Hodza (republikan. Partei) wendet sich zunächst ausführlich gegen die offen betriebene magyarische Propaganda. Sicherheit gegen Biete nur die kleine Entente. Interes-

sant ist, daß der Zentralist Hodza für die Autonomie der Slowakei eintritt und die Sanberfassung daselbst auf demokratischer Grundlage fordert.

Als letzter Kontraredner des Tages sprach Abg. Wittich (magyar. Soz.-Dem.)

Darauf wird die Debatte unterbrochen. Die nächste Sitzung findet heute, am 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung statt: Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung; Verhandlung über die gestern nicht erledigte Tagesordnung. Schluß der Sitzung um 7 Uhr abends.

Pressestimmen zur Regierungserklärung.

So blutleer die vom Ministerpräsidenten in den beiden Häusern des Parlamentes abgegebene Regierungserklärung war, so inhaltslos ist die Stellungnahme der Presse zu dieser Erklärung, die bei keiner Partei und nicht einmal bei den Regierungsblättern Begeisterung geweckt hat. Selbst die offizielle Regierungspresse äußert sich mit einer gewissen Kühle, man merkt, daß es den dienstbefliegenden Federn nicht leicht gefallen ist, das Lob des Herrn zu verkünden. Die „Ceskoslovenska Republika“ schreibt, daß sich die Absichten, von denen sich die Regierung leiten lassen wird, kurz und präzis dahin ausdrücken lassen, daß sie nicht eine Regierung der großen Worte sein wird. Das ist ein armseliger Trost. Auch die „Prager Presse“ weist der Regierung keine andere Aufgabe zu, als „die Grundlagen dieses Staates auszubauen und sicherzustellen“. Wenn man von einer Regierung nichts anderes sagen kann, so schwächt man von der Konsolidierung des Staates.

Auch die Presse der Regierungsparteien weiß nicht viel zu sagen. Die „Narodni Listy“ loben den Ministerpräsidenten wegen seiner Mäßigkeit und Ruhe. Der Ministerpräsident verfaßt angeblich nicht in die Methode der Plakate, die mit großen Buchstaben ankündigen, was sein wird. Er bringt keine großen Versprechungen und großen Phrasen, im Gegenteil, seine Rede war trocken und sachlich. „Fortschritt ja, Entwicklung ja, Reformen ja — Unsturz keinesfalls, Ueberstürzung, Ueberreizung keinesfalls.“ Das glauben wir, daß die etappenweise Durchführung der Sozialversicherung der Presse der tschechischen Bourgeoisie gefällt. Auch die „Narodni Politika“ weist der Leere der Worte eine besondere Bedeutung beizumessen. Nach den ersten naiven Hoffnungen und den Gesten der Erlösung sei es gut, daß ein kühler, gemäßigter Ton gekommen ist. Die Kirchweihstimmung nach der errungenen Freiheit muß schwinden und an ihre Stelle muß ernste Arbeit treten. Wenn ein nationalitätliches Blatt in dieser Weise schreibt, dann sieht man, wie schwer es ihm gefallen ist, zu der Rede des Ministerpräsidenten überhaupt etwas zu sagen. Der „Venkov“, das Blatt der Agrarier, findet die Rede des Ministerpräsidenten nicht so bedeutungsvoll, um darüber an leitender Stelle zu schreiben. Die Agrarier scheinen darüber verschmüpft zu sein, daß Herr Beneš und nicht Herr Zwejka die Regierungserklärung abgegeben hat. Erst im Inneren des Blattes wird von der Rede des Ministerpräsidenten gesagt, daß sie sich von früheren Regierungserklärungen dadurch vorteilhaft unterscheidet, daß statt langer, für Jahrzehnte berechneter Programme nur vor erreichbaren Dingen die Rede sei. Der „Cas“, das persönliche Organ des Ministerpräsidenten, schreibt genau so wie die offizielle Regierungspresse. Auch dieses Blatt stellt der Regierung das bescheidene Ziel, die Konsolidationsarbeit in der inneren und auswärtigen Politik fortzusetzen. Das „Ceske Slovo“ hinwieder freut sich über den demokratischen Geist, der in dem neuen Ministerium lebendig ist. Wir haben von diesem Geist der Demokratie wenig wahrgenommen, dafür haben wir mehr Konfiskationen verspürt. Interessanter äußert sich schon das „Pravo Lidu“: „Ueber die Eröffnung irgendwelcher Ausgleichsverhandlungen mit den Deutschen hat der Ministerpräsident nichts gesagt. Aber in seiner Rede findet sich eine Stelle, auf die wir besonders aufmerksam machen wollen. Er sagte, daß in kurzer Zeit der Öffentlichkeit die statistischen Ergebnisse der letzten Volkszählung werden vorgelegt werden und daß es auf Grund dieses Materials möglich sein werde, die nationalen, sozialen und kulturellen Fragen zu bereinigen. Hier haben die Deutschen das alte und bekannte unbeschriebene Blatt Papier, wenn sie es haben wollen. Es wird an ihnen liegen, was auf dieses Papier geschrieben werden wird. Es wäre nicht ehrenhaft und nicht günstig, weder für sie noch für uns, wenn sich in einiger Zeit die Inschrift fände, daß das Verhältnis beider Völker im Zentrum Europas ein Verhältnis der geballten Fäuste

kleibt." Wir halten von einem Staatsmann, der kein Programm zur Vereinigung dieser Fragen hat und alles Heil von der Statistik erwartet, nicht viel.

Die unabhängige "Tribuna" weiß auch nichts weiter zu sagen, als daß der Ton, in dem Benesch geredet, sympathisch geklungen hat. Die Regierung habe eine gewisse höhere Weiße einer Stelle, die bei allem Chaos dem tschechischen Volke eine Autorität geblieben ist. Das kommunistische "Rude Provo" glaubt, auf die Regierung "mit ironischer Ruhe" blicken zu können. Die Bevölkerung wird in der Zeit der Herrschaft der neuen Regierung die Erfahrung machen, daß das Interesse der Arbeiterklasse mit dem Interesse der Bourgeoisie nicht vereinigt werden kann.

Die "Bohemia" glaubt, daß sich nicht viel in der tschechischen Staatspolitik ändern wird. Sie schreibt: "Das Fazit? Es bleibt im großen Ganzen alles wie es war: Die alltschechische Politik, vielleicht ein wenig dadurch gemildert, daß sie von einem Mann, der sich gern eines europäischen Horizonts berühmt, geleitet und verantwortlich gezeichnet wird. Die Opposition wird prinzipiell zugestanden. Es wird ihr sogar gestattet, sich gegen die Regierung und die Mängel einzelner Institutionen zu richten. Der Staat und seine Grundlagen gelten als unantastbar. Auch in diesen Punkten klingt die Absicht durch, die demokratische Form zu wahren. Wo aber in einem Staate, in dem das Wort: "nase republika" einen ganz spezifischen Umfang und Inhalt hat, die Opposition gegen die Regierung aufhört, und jene gegen den Staat beginnt, unterliegt wieder den bekannten Interpretationsgrundsätzen der Vetsina."

Das "Prager Tagblatt" dreht und windet sich, in dem Bestreben, der Regierungserklärung doch eine günstige Seite abzugewinnen. Es schreibt resigniert: "Für deutschfreundlich haben wir Minister Benesch nie gehalten, wohl aber für staatsfreundlich und so sei denn aus der Tatsache, daß er das deutsche Problem nur als ein Volkszählungsfrage hinstellt, keine andere Folgerung gezogen, als die besondere Vorsicht in der Beurteilung der kommenden Dinge."

Alles in allem: Die Hoffnungen, die man an das Kommen einer parlamentarischen Regierung und insbesondere an die Person des Herrn Benesch geknüpft hat, sind gleich im ersten Augenblick grausam enttäuscht worden.

Inland.

Zur Aufhebung des Wohnungsbeschlagnahmengesetzes. Gelegentlich einer Sitzung des Abgeordnetenhauses während der Frühjahrsession wurde das Gesetz über die Anforderung von Wohnungen durch die Gemeinden vom 30. Oktober 1919 St. 592 nicht mehr verlängert. Mit einer Mehrheit von sieben Stimmen (105 gegen 98) gelang es den bürgerlichen Parteien die weitere Verlängerung dieses Gesetzes über den 30. Juni beziehungsweise 31. Dezember 1921 zu verhindern. Die schädlichen Wirkungen dieses Beschlusses haben sich sehr rasch gezeigt. Vor allem wurden keine Wohnungen von den

Hausbesitzern mehr angemietet, aber auch die Wohnungsmieter stellen ein sofort ihre Tätigkeit ein und jede freierwerbende Wohnung ist zum Gegenstande des schlimmsten Wuchers geworden. Das Ministerium für soziale Fürsorge stecht diesen Vorgängen völlig teilnahmslos gegenüber und dieses Verhalten des Ministeriums hat selbstredend die Hausbesitzer und all jene Elemente, die mit ihnen eines Sinnes sind, außerordentlich dazu ermuntert, auch gegen die übrigen Mieterschutzgesetze Sturm zu laufen und nun den letzten sehr mageren Schutz der Wohnungsmieter vollständig zu beseitigen. Der sozialpolitische Ausschuss des Parlamentes hat wohl trotz der Ablehnung im Hause selbst neuerlich den Beschluß gefaßt, daß das Wohnungsgesetz weiterhin in Kraft bleiben soll. Jedoch ist bis zum heutigen Tage die gesetzgebende Körperschaft dem Beschlusse dieses Ausschusses noch nicht beigetreten. Soll nun dem Wohnungswucher auch weiterhin wenigstens einigermaßen wirksam gesteuert werden, so muß das Wohnungsbeschlagnahmengesetz unter allen Umständen bis zu jenem Zeitpunkte verlängert werden, wo die Wohnungsfürsorge durch andere geeignete Maßnahmen ihre entsprechende Lösung findet. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hat in seiner ersten Sitzung vor Zusammentritt der Nationalversammlung deshalb auch den einmütigen Beschluß gefaßt, sich mit aller Kraft für die Wiederherstellung des Gesetzes einzusetzen um damit die bisher allerschlimmsten Uebel auf diesem Gebiete zu beseitigen.

Die Ueberschreitung des Budgets und die Rechte der Nationalversammlung. Die Frage, ob die Finanzverwaltung berechtigt ist, die im Staatsvoranschlags präliminierten Summen zu überschreiten, wird in den Artikeln II und III des dem Abgeordnetenhaus vorgestern vorgelegten Finanzgesetzes wie folgt beantwortet: Zur Anweisung von Ausgaben, die im Voranschlage nicht angeführt sind, sowie solcher Beträge, wodurch der bewilligte Kredit überschritten wird und die aus anderen Kapiteln nicht ersetzt werden können, ist die Zustimmung der Nationalversammlung erforderlich. Tragt diese nicht, genügt die Zustimmung des Ständigen Ausschusses (§ 54 der Verfassungsurkunde). Die bewilligten Kredite dürfen nur den im Voranschlage bestimmten Zwecken zugeführt werden. Die Mittel zum Begleiche der ordentlichen Ausgaben und der außerordentlichen Personalausgaben dürfen nur monatlich in der Höhe eines Zwölftels der präliminierten Summe bereitgestellt werden. Abweichungen von dieser Regel bedürfen der Zustimmung des Finanzministers. Zur Verwendung aller übrigen außerordentlichen Ausgaben ist, wenn sie im Einzelfalle den Betrag von 50.000 Kronen überschreiten, gleichfalls die Zustimmung des Finanzministers notwendig. — Wir führen dies an, weil es unsere Leser gewiß interessieren wird um unsere gestrigen Ausführungen zu ergänzen. Die Gefahr, daß der Wille der gesetzgebenden Körperschaften nicht berücksichtigt wird, liegt in den sogenannten virements, dem Rechte, das sich

die Finanzverwaltung vorbehält, Ausgaben eines bestimmten Kapitals einem anderen zuzuführen. Diesem Mißbrauch zu steuern, dagegen mühten Vorkehrungen getroffen werden. Die Zensur. Beim Ministerpräsidenten Benesch fand gestern vormittags eine Beratung über die Fragen der Zensur und ihre Durchführung unter der neuen Regierung statt. Wie die "Tribuna" schreibt, kann man erwarten, daß den zuständigen Instanzen eine Weisung gegeben werden wird, die Zensur liberaler zu handhaben.

Die Freikarten der Abgeordneten. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichten die Abgeordneten Weizner und Genossen einen Antrag auf Änderung der Verfassung in der Richtung, daß die Freikarten für die Abgeordneten und Senatoren auf den Eisenbahnen abgeschafft werden und an ihre Stelle ein Jahrespauschal tritt, das für die 1. Klasse 3000, für die 2. Klasse 2000 und für die 3. Klasse 1000 Kronen beträgt.

Russisch-tschechoslowakischer Handelsvertrag? Auf der Durchfahrt aus Prag nach Berlin hat der Vorsitzender der Handelsdelegation der R. S. F. S. R. und der Vertreter des russischen Roten Kreuzes in der Tschechoslowakei B. R. Mostowen?o in einem Interview mit dem Mitarbeiter der Zeitung "Rown Mir" folgendes mitgeteilt: Augenblicklich können die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen der R. S. F. S. R. und der Tschechoslowakischen Republik als vollendet zu betrachten sein. Das Ministerium des Auswärtigen der Tschechoslowakei hat mich benachrichtigt, daß sie in dem von mir ihr vorgelegten Projekt nur einzelne Abänderungen rein technischen Charakters getroffen hat. Somit ist anzunehmen, daß nach meiner Rückkehr im Laufe von zwei bis drei Wochen der Handelsvertrag unterschrieben sein wird. Die Handelsdelegation hat schon tatsächlich ihre Arbeit aufgenommen. Unter anderem wurden in der Tschechoslowakei landwirtschaftliche Geräte und Maschinen eingekauft. Der Gesamtbetrag der Bestellungen, die an verschiedene Firmen gerichtet sind, beträgt etwa 25 Millionen.

Ausland.

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin. Die sozialistischen Parteien haben eine Bataille verloren. Denn die sozialistische Mehrheit im Berliner Roten Hause wird nach dem zur Stunde vorliegenden Resultat über die Berliner Stadtverordnetenwahlen durch eine bürgerliche abgelöst werden. Zwar ist die Mehrheit des bürgerlichen Wuchsmasches nicht groß, aber Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Wirtschaftliche Vereinigung, Zentrumspartei und Deutschsoziale zusammen haben doch etliche Tausend Stimmen mehr aufgebracht, als die drei sozialistischen Parteien. Demnach werden sie auch in der Stadtverordnetenversammlung über eine kleine Mehrheit verfügen. Ob diese aber arbeitsfähig sein wird, steht noch dahin, weshalb die "B. Z. am Mittag" bereits andeutet, daß in der neuen Stadtverordnetenversammlung die Arbeitsgemeinschaft der Mitte von den Mehrheitssozia-

listen bis einschließig ... kommen wird." Nach einer bürgerlichen Zusammenstellung sind insgesamt 1,653,637 Stimmen abgegeben worden, davon entfielen auf

Unabhängige	318,206
Rechtssozialisten	333,317
Kommunisten	157,013
Demokraten	122,673
Deutsche Volkspartei	255,296
Deutschnationale	260,880
Wirtschaftspartei	89,531
Zentrum	61,259
Deutschsoziale	12,588

Etwas anders gestaltete sich die Stimmenabgabe nach einer Zusammenstellung unseres Berliner Parteiklubs. Hiernach entfielen auf

U. S. F. D.	229,823
S. P. D.	316,962
R. P. D.	158,927
Sozialistische Parteien	807,712
Demokraten	112,674
Deutsche Volkspartei	226,771
Deutschnationale	303,461
Wirtschaftliche Vereinigung	102,984
Zentrum	59,581
Deutschsoziale	22,747
Bürgerliche Parteien	829,198

Die unabhängige Sozialdemokratische Partei ist nach dieser Aufstellung die stärkste Partei in Berlin. Auch für sie bedeuten die genannten Ziffern gewiß einen Rückgang gegenüber den Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1920, aber ein Vergleich mit jenen Ziffern ist nicht zulässig, weil die damalige Wahl vor der Spaltung in Halle erfolgte. Zum Vergleich konnte mir die Landtagswahl am 20. Februar 1921 herangezogen werden, bei der auf die Unabhängige Partei 332,579, die SPD. 427,391 und die KPD. 194,946 Stimmen entfielen. Ein Vergleich dieser Ziffern mit jenen bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober 1921 zeigt, daß die USPD. von allen sozialistischen Parteien am besten abgeschnitten hat. Die S. P. D. hat wesentliche Einbuße erlitten und die KPD. ganz gewaltige. Von den bürgerlichen Parteien hat vor allem die Deutsche Volkspartei an Stimmen eingebüßt. Dieser Stimmenverlust ist den Deutschnationalen zugute gekommen, die, dank einer mit unermeßlichen Mitteln geführten skrupellosen Agitation, gerade bei jenen Teilen der Bevölkerung Gewinne zu verzeichnen haben, die politisch ungeschult sind und den Zusammenhang der Dinge nicht kennen. Namentlich Frauen haben deutschnational gewählt, weil sie den deutschnationalen Lügen Glauben schenkten, als ob der sozialistische Berliner Magistrat und die sozialistische Stadtverordnetmehrheit für die Kartoffelnot und die allgemeine Teuerung verantwortlich sei. Nur zu bald werden gerade diese Kreise erfahren, auf welchen Leim sie getrocknet sind. Auch das "Lumpenproletariat" und die männlichen und weiblichen Besucher der Dielen und Liqueurtuben, die Halbwelt und die Schieber, haben in richtigem Instinkt der Partei den patentierten Patrioten zu einem Erfolg verholfen.

Auch die englischen Kommunisten gegen die dritte Internationale. Das Blatt der englischen Kommunisten "Workers Dreadnought" begrüßt die Bestrebungen der K. A. P. Deutsch-

Wissen für die Jugend.
Gelegentlich der Jugendveranstaltungen der Prager "Urania".

Die "Urania" gedenkt fortan ihrer Aufgabe, die Freude am Wissen zu wecken und zu vertiefen, noch planvoller gerecht zu werden, indem sie sich an die Eindringlichsten wendet, an die Jugend. Der Erwachsene, der erst als reifer, in erster, aufreibender Arbeit stehender Mann an die Wissenschaft herantreten soll, hat vielfach die Quellen schon in sich verschüttet. Die soziale Ungerechtigkeit, die oft dem Fähigsten die Gelegenheit raubt, seinen zur Forschung oder zur erfindnerischen Technik hinneigenden Geist entsprechend zu bilden, hat dann an ihm ein unsühbares, durch keinerlei Bemühungen der "Urania" mehr gut zu machendes Verbrechen begangen. Hier vorzubeugen ist Pflicht einer von sozialen Erwägungen geleiteten Pädagogik und darum dürfen wir den Gedanken der Prager Lehrerschaft, schon der Jugend die Schätze des Wissens aufzuzeigen, von ganzem Herzen begrüßen. Es ist (und die Männer der "Urania" wissen das) etwas ganz anderes, ob die Schule mit den Mitteln des gelinderen oder schärferen Zwanges die Heranwachsenden nötig, eine bestimmte Menge von Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten zu erarbeiten, oder ob sich Knabe und Mädchen aus freier Neigung, wählend, richtend und selbst entscheidend, mit irgend einem Gebiet der Geisteswelt näher befassen. Das Bewußtsein, Herr seiner selbst zu sein, zu vertieren oder seiner Sympathie folgen zu dürfen, hat noch immer in einer jungen, frischen Seele Wunder gezeitigt, und als solcher

Erweder der Interessen, als Erzieher zur frei wählenden, dafür aber auch sich "rigger hingebenden Wissensliebe tritt die "Jugendurania" auf den Plan. Sie lehrt nicht nur, weil alles deutliche Belehrtwerden auf die Dauer die Kleinen langweilt, sondern sie befriedigt vor allem den Spieltrieb und die nach neuen Eindrücken hungernde Neugierde. Schauen, nur schauen will das Kind, und es man sich versieht, hat sich die Neugierde in die edlere Schwester gewandelt, in Wissbegierde. Als Gefahrenquelle bleibt hier nur die Möglichkeit zurück, daß die Interessen vor lauter Anregungen sich allzu stark zersplittern, daß das gleichzeitig in eine Menge von Richtungen hingelenkte Kind nicht den Weg zu sich selber findet. Kluge Eltern und Lehrer als Berater können das natürlich ohne weiteres verhindern, die "Urania" selbst muß ebenso gewiß Kindern von verschiedener Wissensart entgegenkommen, indem sie einen möglichst weiten Interessentkreis befriedigt. Sie tut dies, indem sie Spaß und Freude kräftig in den Vordergrund stellt und Trübe und Life Ableser bekanntes, künstlerisch bahnbrechendes Kasperltheater in den Jyllus der Jugendveranstaltungen einbezieht. Exkursionen und Kulturfilme sollen die Jugend mit dem praktischen Leben an Ort und Stelle vertraut machen und ihr einen Begriff geben vom unerschöpflichen Reichtum der Welt an natürlicher und künstlerischer Schönheit, an Technik und Industrie. Einzelvorträge wollen die Aufmerksamkeit erregen, umfangreichere Kurse die so geweckte Teilnahme fürs erste befriedigen. Würden sie statt durchschnittlich sechs etwas mehr Stunden umfassen, so würden sie freilich diesem Zweck noch besser gerecht werden können, und ganz ungenügend

erscheint mir der fünfständige (!) Zyklus fast über die gesamte (!) Weltliteratur. Mehr als ein Lohnwahn von Namen und Richtungen oder als ein schöngeistiger Schwatz kann da die Fähigkeit der Vortragenden in allen Ehren, doch nicht zustandekommen.

Wie sehr die "Urania" den Hoffnungen und Wünschen der Jugend durch ihr neues Unternehmen entspricht, beweisen die hellen Scharen, die sonntags zur Eröffnungsfeier zusammenströmten. Diese blonden und braunen Köpfchen dicht beisammen zu sehen, das Stimmengewirr aus gewiß 2000 jungen Köpfen wispern, lachen und raunen zu hören, zu stoßen und Hasen, die geröteten Baden, die warmen, frohen Augen — es war ein köstliches Erlebnis, das keiner von uns Alten vergißt! Mitten im grauen Meer der Wirklichkeit bleibt Du, Jugend, die märchenhafteste Insel, und wie sehr auch Krieg und Haß und Ausbeutung und Unterdrückung den Glauben an die Menschheit rauben mögen, Du, Jugend, mit Deinen frischen Wangen und Deinen frech-frohen Händen wählst Du diesen begraben Glauben inner wieder aus der dunkel bedeckten Erde! Hab' Dank! Du warst der Eröffnungsfeier bester und tätiger Teil, Du siebtestest von Leben und Erwortung, indes oben auf der Tribüne wir Alten unsere abgeklärten (und deshalb abgestandenen) Weisheiten vortragen. Das soll niemanden wehtun und niemand tabeln. Aber wer wollte den Kampf gegen das junge Geschlecht der Kommenden siegreich bestehen? Unferrens kann höchstens klipp und klar seine Meinung und seinen Willen formulieren und das tat der Leiter der "Urania", Prof. Frankl, mit knappen, einleuchtenden Worten, der nächste Redner mit

recht unnötigen, aber selbstverfertigten Versen. Die beiden Herren und die treffliche Rezitatorin Baidl-Padel*) sprachen für die Kinder nicht, indem sie kindisch würden, sondern weil die beiden Glücklichen, in einem Winkel ihres Seele selbst kind geblieben zu sein scheinen. Und das können nur wenige von sich sagen. Aus dem Kreise des best Gewollten und Gebotenen hob sich nur einer lövend ab, ein Herr Kirchenrat Zilcher. Ihm schien diese Uraniafeier geeignet, von hinten herum mit Christlichkeit, wie er sie meint, und mit Reaktion zu kommen, der arme Goethe mußte ihm dazu herhalten. Während seiner italienischen Reise stand Goethe keiner Erscheinung so fremd gegenüber wie dem Christentum, nur hat er sich (anders als Herr Zilcher) einen genug freien Blick bewahrt, um trotzdem das Bild der "Heiligen Agathe" als Spiegel der "reinsten Menschlichkeit" l beud zu bewundern. Als Idealbild einer Frau sollte Goethes Iphigenie kein Wort sprechen, das nicht auch "dieser Heilige sprechen dürfte." Woraus Herr Zilcher fingerfertig eine Apotheose des Christentums dichtet. Zweitens findet der Herr Kirchenrat in unserer Zeit zu wenig "Christlich" (wird erst nach Lektüre der vorliegenden Zeilen!) und darum donnert er sein pastorales "Zurück! Wohin, wenn man fragen darf? Als der Leib eigene ehrfürchtig vor dem Gutsherrn, der Bürger vor dem Herrn Pastor kuschte?! Da wäre hübsch, wir glaubens gern, doch rater wir Ihnen höflichst: Hände fort, Herr Pastor! Die Jugend braucht ihre Kräfte nicht Ueber den Tor der Zukunft stand noch niemals ein pfäffisch-salbungsboill-augenverdrehendes "Zurück", sondern immer der unser goldenes leuchtendes "Vorwärts!"

*) Wegen Raummangels erscheint der obenstehende Bericht verspätet.

lands, eine neue, vierte Internationale zu gründen, weil die dritte Internationale eine Behn eingeschlagen hat, die mehr der Verteidigung Sowjetrußlands dient und die Erfordernisse der Weltrevolution beiseite geschoben hat. Das Blatt schreibt gegen die Internationale folgendermaßen: „Wir unsererseits glauben, daß alle Versuche Sowjetrußlands, mit den Kräften Sowjetrußlands zu verhandeln und sich mit ihnen zu versöhnen, sich als ein schwerer Fehler herausstellen wird. Wir bauen das sehr, wir sind immer Gegner der Politik des Abschließens von Handelsverträgen mit kapitalistischen Mächten und des Verleugens von Konzessionen an Kapitalisten gewesen.“ Das Bestreben zur Gründung der Internationale wird folgendermaßen begrüßt: „Das Manifest der kommunistischen Internationale zeigt ganz klar und bündig, daß der Zustand der ökonomischen Entwicklung Rußlands und der materiellen Bedingungen, denen sie entgegen geht, das Mißlingen der Sowjetregierung unvermeidlich gemacht hat, Führerin des internationalen revolutionären Kampfes zu bleiben. Seitdem die 3. Internationale fest verbunden ist mit der Sowjetregierung und der russischen Partei, seitdem die Moskauer Exekutive, gänzlich beherrscht von der russischen Politik, die Maßnahmen aller nationalen Sektionen der 3. Internationale kontrolliert, seitdem deren Politik von Tag zu Tag weniger revolutionär wird, wird die Errichtung einer vierten Internationale unausschießbar. Seitdem die vierte Internationale unsere Meinung vertritt, beeilen wir uns, unsere Zugehörigkeit zu ihr auszusprechen und erlassen eine Einladung an alle Kommunisten und Gruppen von Kommunisten, die gleicher Meinung sind, uns ihre Zustimmung zu schicken zur Eintragung in die kommunistische Arbeiterpartei, die schnellstens organisiert werden wird.“ Den Ausführungen des Blattes ist also zu entnehmen, daß es tatsächlich zur Gründung einer vierten Internationale kommen wird, die aber die Eigenschaften der dritten Internationale in verstärktem Maße insofern aufweisen wird, als auch in ihr nicht große Parteien, sondern Sektoren vereinigt sind. Die Gründung der vierten Internationale läuft darauf hinaus, die Arbeiterbewegung vollständig zu zersetzen und zu atomisieren.

Tages-Neuigkeiten.

Auf zum politischen Mord! Wir wissen, wie oft und furchtbar diese Parole in Deutschland schon geübt hat. Chauvinisten, Hakenkreuzler und Monarchisten haben sich in ihrem blindwütigen Hass gegen jede andere politische Überzeugung längst jeder Moral in der Wahl ihrer Kampfmittel entäußert und es ist eine traurige Folge der Sittenerwilderung in Kriegs- und Nachkriegszeit, daß die Mordhauer in den tiefstehenden Volksschichten mehr denn je gefügige Werkzeuge finden. Hierzulande ist man zwar noch nicht ganz so weit wie in Deutschland, bei uns haben es die Gefinnungsfreunde der reichsdeutschen Mordprediger bisher bei gelegentlichen kleinen Programmen in der Presse bewenden lassen. Aber Stimmung hat die Methode, die an Erzberger und Gareis geübt wurde, auch schon in der Tschechoslowakei gemacht. Wir sind in der Lage, dies heute an einem Beispiel aufzuzeigen, das wir vorläufig nicht allzu tragisch nehmen wollen, das aber immerhin den Beweis erbringt, daß es auch in der Tschechoslowakei nicht an furchtbarem Boden für die Saat der mordheischenden Reaktionäre mangelt. Dem Genossen Cermak wurde dieser Tage aus Tepliz folgendes anonyme Schreiben zugesandt, das wir ohne die geringste Änderung abdrucken:

St. V. Cermak! Du bist der größte Verbrecher der ganzen Welt. Du Hundestrolach muh aus der Welt verschwinden. Es gibt kein anderes Mittel als Dich elende Bestie in einer Menschengestalt zu erschließen, die Zeit kommt, eines schönen Tages bist Du elendlicher verschlungen du Gauner Bestie in einer Menschengestalt.

Darunter stand, jedenfalls als Ersatz für die fehlende Unterschrift, folgende echt christliche Widmung:



Ob der mordlustige Schreiber mit dem Zeigen des Kreuzes seine Zugehörigkeit zu irgendeiner frommen christlichsozialen Vereinigung andeuten wollte, oder ob er nur noch nicht genügend über die Form des Hakenkreuzes aufgeklärt war, wissen wir nicht. Jedenfalls er-

innert dieser Brief sehr an die gefährliche schriftliche Drohung, die vor einigen Wochen der Salzburger sozialdemokratische Abgeordnete Witternigg erhalten hat. Witternigg lebt noch — Cermak ist vorläufig auch noch nicht passiert. Wir können also den Mordbrief zunächst ohne Angst unserem Archiv als Dokument einwerfen, das uns aber ständig daran erinnern soll, in welche Tiefen die Reaktionen den politischen Kampf treiben.

Karl darf in der Schweiz überwintern. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge hat die schweizerische Bundesregierung über Ersuchen der ungarischen Regierung dem Exkaiser Karl den längeren Aufenthalt auf Schweizer Boden bis zum 31. März 1922 gestattet. Die Familie des ehemaligen Kaisers bleibt über den Winter in Scharienstein.

Das Recht auf Ruhe. Ein Prager Genosse schreibt uns: Ich wohne in den Weinbergen in der Jungmannstraße. Die Nummer tut nichts zur Sache. Es genügt zu wissen, daß links ein Kaffeehaus steht, das seine Gäste bis zwei Uhr nachts durch eine Musikkapelle unterhalten läßt. Im Kellergehoß eines Wohnhauses, dessen Dachpartie ich inne habe, hat sich eine ähnlich musikalische Weinstube aufgetan. Und rechts läßt ein Bierhaus durstige Gäste zu Besuch, natürlich mit Dschinghoda und Juliah. Sobald man dieses laute Kleblatt als eines unter vielen erfährt, gibt es zu denken, daß der Großstädter der Nachkriegszeit sich nicht mehr anders zu unterhalten weiß als bei Lärm und Tamtam. Wie alle Lebensformen ins Grobe und Gewalttame verzerrt worden sind, so auch die Geselligkeit. Ein stilleres Beieinander ersticht plaudernden Menschen, die auch zu Stätten der Unterhaltung dinge der Kultur nachgehen, scheint es kaum mehr zu geben. Veräußerlichung in allen Gassen, der Ton gibt der Prox und Schieber an, dessen Inneres brachliegt und der darum Leben und Lärm machen einander gleichstellt. Damit er auf seine Rechnung kommt, dürfen in unzähligen Prager Häusern unzählige Menschen nicht schlafen, die sich tagsüber müdegerädert und ihr Recht auf Nachtruhe sich ehrlich erworben haben! Morgen heißt wieder an den Amboß der körperlichen oder geistigen Arbeit treten, bedarfs erschöpfter, standhafter Kräfte — aber der Herr Schieber gestattet es nicht. Er braucht seinen Lieben, nebenanpfeifenden Lärm und das ist wichtiger als das Bedürfnis aller Werktätigen zusammengenommen. Die Verwaltungsbehörden, die durch schrankenlose Verteilung von Konzessionen den Unfug fördern, wissen, was ihnen die Pflicht gebietet. Ist doch der Arbeiter das Fundament des Staates, aber dieses kapitalistische Gebilde tanzt nach der Weise des Schiebers und Pressers.

Eisenbahnunglück vor dem Weinberger Tunnel. Das tschechische Pressbüro verlautbart unter dem 19. d. folgenden amtlichen Bericht: Als gestern der von Budweis nach Prag verkehrende Schnellzug Nr. 405 auf dem Wilsonsbahnstrecke einfuhr, entgleiste er um 21 Uhr 13 Min. in der Weinberger Haltestelle knapp vor dem Portal des Tunnels. Hierbei blieben die Lokomotive, der Post- und folgende erste Personenzug im Gesele, während die folgenden sechs durchwegs eingleisige Personenzüge entgleisten und hierbei größere Beschädigungen erlitten. Von den Passagieren wurden zwei schwer und 17 leicht verletzt. Die Schwerverwundeten und einige der Leichtverwundeten wurden von der Rettungstation in das Allgemeine Krankenhaus in Prag überführt. Die Ursache der Entgleisung ist bisher unbekannt und es werden Nachforschungen an Ort und Stelle durch Organe des Ministeriums und der Direktion gepflogen. An der Unfallstätte trafen binnen einer Stunde ein Hilfszug aus Kuste und die bestellten Hilfszüge aus Subensisch und vom Wajarnsbahnstrecke ein, um von beiden Seiten an der Räumung des Geleises zu arbeiten.

Auch ein Schulmann ist der Direktor der Auffig'schen Handelsakademie, Max Wolfrum. Er ist der Meinung, daß die Jahresberichte der von ihm geleiteten Anstalt nur dazu da sind, um die Deffentlichkeit mit den Familienverhältnissen des Direktors bekanntzumachen. Der Jahresbericht 1918 enthielt auf 75 Seiten die Geschichte der Familie Wolfrum, heuer begnügte sich der Herr Direktor mit 36 Seiten für seine privaten Zwecke. Berichte, die offensichtlich keinen anderen Zweck verfolgen, als die eigene Beweihräucherung und die Erziehung der Schüler zu gehoramen Anbetern des Kapitalismus, wurden bisher durch die Allgemeinheit, das heißt durch die Gemeinde bezahlt. Es ist bezeichnend genug, daß die bürgerliche Gemeindemehrheit, solange sie am Ruder war, nicht den Mut aufbrachte, hier Remedur zu schaffen. Unsere Genossen, die ja nunmehr in der Mehrheit sind, haben endlich der Frechheit ein Ende gemacht. Herr Wolfrum wird den ganzen Teil des Berichtes, der von seiner höchst ehrenwerten Person handelt, selbst bezahlen, was natürlich die Sache, die er sich bisher leistete, noch nicht gut macht, ihn aber jedenfalls für die Zukunft doch wohl etwas vorsichtiger stimmen dürfte.

Eine wichtige Entdeckung in der Sphylisbehandlung. Aus Paris wird unter dem 18. ds. gemeldet: Dr. Roux hielt gestern in der Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über eine wichtige französische Entdeckung in der Sphylisbehandlung. Die Behandlung erfolgt durch Aufnahme von Vitaminen in Einspritzungen direkt in die Muskeln.

Hundert Kranke, die auf diese Weise behandelt wurden, haben ihre volle Gesundheit erlangt.

Der Vorschlag der Stadtgemeinde Auffig. Donnerstag, den 13. Oktober wurde der Vorschlag der Stadt Auffig von der Gemeindevertretung beraten und über die Bedingung des Abganges im ordentlichen Haushalt im Betrage von über 10 Millionen Kronen Beschluß gefaßt. Die von den Industriellen zum Vorschlag überreichten „Bemerkungen“ wurden, als einer sachlichen Begründung entbehrend, nicht zur Kenntnis genommen. Ein Antrag der Deutschbürgerlichen, das Steuererträgnis höher anzunehmen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Beschlossen wurde die Einhebung einer 386prozentigen Umlage auf die allgemeine und besondere Erwerbsteuer und eine 70prozentige Umlage auf die Hauszinssteuer.

Eine Guttempler-Loge in Warnsdorf. Sonntag, den 10. Oktober wurde in Warnsdorf die erste Loge des internationalen Guttempler-Ordens auf tschechischem Boden gegründet. Auch im übrigen Nordböhmen werden in den nächsten Wochen dasebst Ortsgruppen des Guttempler-Ordens gegründet werden. Sonntag, den 23. Oktober wird die Loge „Neues Leben“ in Auffig, die im Jahre 1914, ihre Arbeit einstellen mußte, wiedereröffnet. Wir wünschen der jungen Abstinenz-Bewegung besten Erfolg.

Furchtbare Statistik. Ein reichsdeutsches Bruderblatt hat die in den einzelnen Altersstufen Verstorbenen nach ihrer sozialen Lage gruppiert. Welch furchtbare Sprache diese Statistik spricht, geht schon daraus hervor, daß die Zahl der Kinder, die im 1. Lebensjahre an Krankheiten der Atmungsorgane gestorben sind, bei den Ärmteren 15mal so groß ist als bei den Reichen! Ebenso ist die Zahl der Kinder, die im Lebensalter von 1—5 Jahren an Masern und Keuchhusten gestorben sind, bei den Ärmteren 15mal so groß als bei den Reichen! Das sind Zahlen, die eine solche Sprache reden, daß jedes weitere Wort überflüssig ist.

Ein Lehrstuhl für Sexuallehre besteht an der Universität Königsberg. Es ist dies der erste Lehrstuhl, der in Deutschland für das Gesamtgebiet der Sexuallehre errichtet wurde. Es bestand bisher lediglich an der Breslauer Universität ein Lehrstuhl für Sexualpädagogik. Der als Dozent berufene Königsberger Dermatologe, Sanitätsrat Dr. S. Jechner, wird seine Vorlesungen mit dem kommenden Wintersemester beginnen.

Ein Millionenchwinder verhaftet. Der Prager Polizei gelang es, den tschechisch verhandelten Heinrich Taache aus Berlin und dessen Gehilfen in Lieben zu verhaften. Taache war Mitbesther der Buchmachersgesellschaft „Romania“ in Berlin, welche wegen Millionenchwinderleien aufgelöst wurde und deren Eigentümer wegen Betrugs verhaftet wurden. Taache sollte auch verhaftet werden, es gelang ihm jedoch mit 170.000 Mark aus Deutschland zu entfliehen und die Grenze der tschechoslowakischen Republik ohne Paß bei Herrnsbretschken zu überschreiten. Die Verhafteten werden nach Durchführung der Formalitäten den deutschen Behörden übergeben werden.

Unter die Räder gekommen. Gestern um elf Uhr vormittags fuhr mit einem mit Ziegeln beladenen Wagen der 13jährige Knabe Anton Kafart aus Jizlow durch die Veclarova ulice in Lieben. Er ging neben dem Wagen einher. Pflöchlich geriet er aus unbekannter Ursache unter die Räder. Er wurde in schwerverlettem Zustande von der Rettungsgesellschaft in das Allgemeine Krankenhaus überführt.

Großladendiebstahl. Auf dem kostigen Platz in Jizlow wurde gestern Abend um sieben Uhr das neun Jahre alte Schulmädchen Radmilla Frank aus Jizlow von fünf etwa zwölf Jahre alten Anaben überfallen, von denen einer ihr den Mund aufstieß und die übrigen ihr aus der Hand eine Büchse entrißen, in der sich ein goldenes Reithorn, ein goldener Ring und einige Kleinigkeiten befanden. Nach der Tat entließen die vielversprechenden Bürschlein in die Haselkrogasse.

Diebstahl. Die Firma „Center Slavia“ in der Prantegasse lieferte an die Interessenten der Herbstmesse auf dem Ausstellungspalast amerikanische Möbel und verkaufte diese nach Beendigung der Messe. Es wurden aber festgestellt, daß bei der Ueberlieferung der Möbel in dem landwirtschaftlichen Pavillon sieben amerikanische Tische und sechs Kisten im Werte von 17.000 Kronen entwendet worden waren. Inspektor Zeichmann stellte fest, daß den Diebstahl der Vertreter der aufgebügigten Firma Mixopal Riha aus Nikle begangen hat, welcher die Möbel dem Tischler Frong Jazie in Dolschowitz verkaufte. Riha wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Produktive Erwerbslosenfürsorge in Ziffern.

Eines der primitiven Mittel, mit der man hierzulande die Arbeitslosigkeit bannen und die Arbeitsfreude heben will, war die Verfüngung des Ständigen Ausschusses vom 1. September 1920, nach welcher jede im Genuß von Arbeitslosenunterstützung stehende Person verpflichtet ist, für den empfangenen Betrag ohne weiteres Engelt Arbeiten zu leisten, die ihr von der politischen Bezirksverwaltung im öffentlichen Interesse angewiesen werden. Wirklich haben die Behörden im ersten Vierteljahr 1921 in Böhmen, Mähren und Schlesien 2464 Arbeitslose auf diese Weise beschäftigt und 310.266 Kronen an sie ausgezahlt. Gearbeitet wurde 38.560 Arbeitstage, sodas auf jeden so beschäftigten Arbeitslosen durchschnittlich 21 Kronen pro Tag kommen. Diese Ziffern, die wir der Statistik des Herrn Dr. Janko im

letzten Heft des Amtsblattes des Ministeriums für soziale Fürsorge entnehmen, bedürfen, noch einer weiteren Beleuchtung durch die Summen, welche von verschiedenen Arbeitgebern auf Notstandsarbeiten angewendet wurden. Für welche Arbeiten sind im ersten Vierteljahr 1921 in ganz Böhmen, Mähren und Schlesien 1.982.169 Kronen an staatlichen Beiträgen, die nach dem Gesetz vom 17. Oktober 1919 nicht mehr als 6 Kronen täglich pro unterstützungsberechtigte Person betragen darf, verausgabt worden. Im ersten und zweiten Halbjahr 1920 hat der Staat Beiträge von je beiläufig 1 1/2 Millionen — gespendet, wäre man angesichts dieser Ziffern, die sich recht mager darstellen, versucht zu sagen. Im vergangenen Jahre partizipierten täglich rund 3000 Personen daran, heuer im Jänner 2727, im Feber 2922 und im März 3230 Personen. Leider bricht die Statistik gerade da ab, wo man auf das Weitere gespannt ist. Da wir im letzten Vierteljahr noch nicht einmal das statistische Gesamtbild vom ersten Vierteljahr ganz erhalten, so ist geradezu eine Frage der höheren Mathematik, wann die Deffentlichkeit die genauen Ziffern beispielsweise für das Jahr 1922 zu Gesicht bekommen wird.

Aus dem wenigen Material, das uns der Verfasser der Statistik, der sich übrigens wie bekannt der Sache mit großem Eifer widmet, aber durch begrenzte Mittel in seiner Arbeit sehr behindert ist, vorlegt, geht hervor, daß man der planmäßigen Förderung produktiver Erwerbslosenfürsorge in der Bevölkerung und auch ins Ministerium für soziale Fürsorge nicht mit dem richtigen Verständnis gegenübersteht und nicht die geförigte Energie zu ihrer Durchführung angewendet. Die deutschen Bezirke haben sich nach der Ueberficht rechtlich bemüht, ihre vielen Arbeitslosen bei Notarbeiten zu beschäftigen. Das ihnen das auch nur in bescheidenem Maße gelungen ist, hat seinen Grund in der schlechten finanziellen Lage der Selbstverwaltungskörper und in der mangelnden Unterstützung seitens des Ministeriums. Daß der Statistiker Dr. Janko Stein und Bein schwört, daß das Ministerium Notstandsarbeiten auf alle mögliche Weise unterstütze, wird verständlich, wenn man weiß, daß der Verfasser im Ministerium selber sitzt, aber seine Behauptung ist mit den Tatsachen in Widerspruch.

Um nun aus der Wirklichkeit halbwegs ein Verhältnis zu gewinnen, seien die die Zahlen angeführt, die in der amtlichen Statistik über die Arbeitslosen angegeben sind: 15. Jänner 41.941, 15. Feber 47.328, 15. März 41.312 Personen. Die Ausweise sind nur nach Branche und Geschlecht gegliedert. Die für die Tschechoslowakei so wichtige Frage, wieviel Personen langfristige Erwerbslose sind, wird von auswegem gar nicht gestreift, geschweige denn beantwortet. An Unterstützungen wurden im ersten Vierteljahr 1921 ausgezahlt: in Böhmen 18.634.000, in Mähren 1.934.000, in Schlesien 743.000, in der Slowakei 682.000 und in Karpathoruthland 75.000, zusammen 22 Mill. 068.000 Kronen. Dazu kommen noch ca. vier Millionen Staatsbeiträge, die von den Fabriken an die Arbeitslosen ausgezahlt werden.

Solche Ziffern bedeuten nicht mehr als einen Tropfen auf einem heißen Stein. Natürlich ist auch demgemäß die Anzahl der bei Notstandsarbeiten verwendeten Arbeiter geringfügig. Es ist absolut keine Spur von großzügiger Inangriffnahme eines so gewaltigen Problems, wie es produktive Erwerbslosenfürsorge ist, zu sehen. Während man in Deutschland durch Notstandsarbeiten die Zahl der Arbeitssuchenden bereits dauernd und merklich heruntergedrückt hat — an 300.000 Arbeitslose konnten und gleichzeitig Arbeit finden — geht man hier einen Weg, der sich je länger je stärker als schwerer Jreum erweisen wird. Entziehung der Unterstützung und Vorenthaltung von Staatszuschüssen bei Notstandsarbeiten können wohl die Ziffern auf dem Papier, aber nicht an Notlage breiter Schichten ändern.

Von der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Konferenz des Exekutivkomitees in London. London, 19. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Montag begann in London die Konferenz des Exekutivkomitees der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Anwesend sind Ledebour (Deutschland), Bonavent (Frankreich), Grimm (Schweiz), Wallhead (England) und Dr. Friedrich Adler (Österreich). Außerdem wohnen den Beratungen Braude (Frankreich), Schinwell (England) und Kaplanst (Poale Zion) bei, dem Büro nicht angehören. Entsprechend dem im Juli in Frankfurt a. M. gefaßten Beschlusse soll morgen eine informelle Besprechung mit der Exekutive der Labour Party stattfinden.

Verchiebung des Transportes Der Austauschgefangenen.

Paul Keri wird nicht ausgeliefert. — Hundert der Anzuleifernden sind — nicht zu finden und vielleicht in den Gefängnissen umgebracht.

Wien, 17. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Aus Budapest hätte heute der erste Transport der 400 Austauschgefangenen nach Rußland abgehen sollen. Tage hindurch wurden die politischen Gefangenen gefesselt durch die Straßen Budapest in die Polizeidirektion geführt. Unter den Austauschgefangenen befanden sich unter anderen auch der Volkskommissar Dobszak, der zu lebenslänglichem Zuchthaus, und Paul Keri, der zum Tode durch den Strang verurteilt war. Noch im rechten Augenblicke wurde aber Paul Keri aus der Gruppe herausgeholt und in das Sammelgefängnis zurückgeführt, mit der Begründung, daß der Mord Tizgas, wegen dessen er verurteilt wurde, nicht ein politisches, sondern ein gemeines Verbrechen sei und daß sich die Vereinbarung nicht auf ihn beziehe. Außerdem hat sich herausgestellt, daß man, wie die ungarische Regierung angibt, von den 400 Auszuleifernden 100 in den Gefängnissen überhaupt nicht finde. Das kann entweder darauf hindeuten, daß die ungarische Regierung den ganzen Vertrag sabotieren will oder daß die Leute in den Gefängnissen umgebracht wurden. Jedenfalls wurde der Transport vorläufig verschoben.

Die Komödie von Benedig.

Wien, 19. Oktober. (Sch. P. B.) Wiener Blättermeldungen zufolge fand gestern im Budapest Ministerium des Äußeren eine Beratung statt, in welcher der Text, der an die Jungungen in Westungarn zu richtenden Proklamation festgesetzt wurde. Weiters traf die magyarische Regierung bereits alle Maßnahmen, welche die Entfernung der Banden in Westungarn und die Uebergabe dieses Gebietes an Oesterreich ermöglichen sollen. Die Proklamation wird aber erst nach Ratifizierung des Benediger Abkommens seitens Oesterreichs erfolgen. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, sind Graf Andrássy und seine Anhänger mit den Benediger Vereinbarungen unzufrieden und würden deren Ablehnung seitens Oesterreichs begrüßen, da sie erwarten, daß Magyaren für diesen Fall weitere Erfolge in der westungarischen Frage erzielen würde.

Das Abkommen von Benedig in der Nationalversammlung.

Im Ausschuss für Neuheres berichtete Bundeskanzler Schober über die Verhandlungen in Benedig, deren Ergebnis er insofern als günstig bezeichnete, als sieben Achtel des Bodens und der Bevölkerung von Westungarn dadurch zu Oesterreich kämen. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß die Entente die aus dem Friedensvertrag ihr erwachsenden Pflichten nicht erfüllt. Endlich kam folgender Beschluß zustande: Das Verhalten der Ententemächte seit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon beweist, daß sie nicht willens sind, wesentliche territoriale Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain u. zw. gerade die für Oesterreich günstigen, durchzuführen. Infolge der dadurch geänderten Sachlage wird die Bundesregierung ermächtigt, die in Benedig begonnenen Verhandlungen unter entschiedener Wahrung der Interessen Oesterreichs und der Rechte des bürgerländischen Volkes fortzusetzen und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung abzuschließen. Bei der Abstimmung blieb der Antrag Dinghofer in der Minderheit, der von dem Redaktionskomitee gestellte Antrag wurde bei einer Stimm-enthaltung einstimmig angenommen.

Die Genfer Entscheidung.

Vorbekanntes Einverständnis aller Alliierten. London, 18. Oktober. Die Reuter erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, daß die Vorschläge des Völkerbundes mit Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen seien. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundes überwachen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß diese erledigt wird, bevor die neue Grenzlinie der deutschen und der polnischen Regierung bekanntgegeben wird.

Doch noch eine Differenz.

Paris, 18. Oktober. (Havas.) Der englische Vischafier Plog mit Cambon Beratungen

zwecks Verwirklichung des Genfer Vorschlages. Beiderseits gab sich der tatsächliche Wunsch kund, die Angelegenheit zu beenden, und es hat den Anschein, daß binnen Kurzem eine Vereinbarung erzielt werden wird. (Die Meinungsverchiedenheit zwischen England und Frankreich dreht sich darum, ob zuerst die Grenzbestimmungen veröffentlicht werden oder ob vorher Polen und Deutschland feste wirtschaftliche Vereinbarungen treffen sollen. Geschichte das erstere, so befürchtet England, daß Polen binnen Monatsfrist das ihm zugewiesene Gebiet besetzt und daß Deutschland ohne die ihm zugewilligten Vorteile wie Rohstoffbeihilfe, Zollfreiheit usw. bleibt. Da die Franzosen nach der territorialen Seite hin ihren Willen durchgesetzt haben, ist anzunehmen, daß sie den Engländern diesmal nachgeben werden. D. Red.)

Ein englischer Opponent.

London, 18. Oktober. (Reuter.) Kennworthy drang in Unterhause auf die Erörterung der ober-schlesischen Frage. Er sagte, die Entscheidung des Völkerbundes habe zur Folge gehabt, daß die Mark um 200 Punkte gesunken sei. Selbst die Franzosen geben zu, daß die jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Chamberlain sprach sich gegen die Erörterung der ober-schlesischen Entscheidung aus. Es sei die Entscheidung des Völkerbundes, an die sich alle Verbündeten zu halten verpflichtet seien.

Giegesfreunden Der Deutschen Nationalen.

Berlin, 19. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Von den bürgerlichen Blättern ist heute nur die „Deutsche Zeitung“, das Hauptorgan der Alldeutschen erschienen. Im Leitartikel wird der günstige Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen besprochen und gesagt, die Deutschenationalen müßten alles tun, um die Macht zurückzugewinnen. „Wo wir sie aber bereits zurückgehalten haben“, schreibt das Blatt, „wollen wir sie rückwärts ausnützen, um die Grundlagen zu erschüttern, auf denen das deutsche Haus neu stehen kann. Der „Vorwärts“ sagt dazu: „In den Arbeitermassen sieht man das Wachsen der reaktionären Welle mit begrifflicher Erregung an. Wenn die Arbeitermassen zum politischen Denken erwacht sind, müssen sie die stärkste Stütze der demokratischen Republik bilden, in den Deutschenationalen die Nachfolger jener Konservativen erkennen, die ihnen unter dem alten Regime mit brutaler Zähigkeit alle politischen und gesellschaftlichen Menschenrechte verweigert haben. Ihren Machtbestrebungen muß daher der heftigste Widerstand entgegen-gesetzt werden.“

Französische Kammer.

Nationalistische Angriffe auf Briand.

Paris, 18. Oktober. (Sch. P. B.) Als erster Interpellant bedauert der Radikale Mangaine, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Industriebezirk von Oberschlesien behalten solle. Er drückt seine Befriedigung darüber aus, daß Briand Frankreich in Washington selbst vertreten werde, wo es sich nicht um die allgemeine Abrüstung handle, sondern nur um deren Beschränkung. Der Royalist Leon Daubert kritisiert die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und die Annäherung an Deutschland, fünf Wochen, nachdem Montalegros ermordet worden sei. Er forderte die Kammer auf, allen Deutschen zu mißtrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Stresemann sei die alte Partei Bismarcks, aber auch den Sozialisten könne man nicht vertrauen. „Ich liebe“, sagte er wörtlich, „die deutschen Sozialisten und Republikaner sehr, weil ich Deutschland die Pest wünsche. Man hätte Deutschland die Hand an den Hals tragen lassen und die Ruhr besetzen müssen. Briand aber habe die französischen Soldaten nicht mobilisiert.“ Abg. Pehzouz (nationaler Bloch) sagt, er sei überzeugt, daß Lloyd George schließlich sich gebeugt und Briand recht behalten hätte. Der Anteil, den der Völkerbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland vollkommen unerwartet. Deutschland behalte die Möglichkeit, in Oberschlesien seine großen Kriegsarsenale wieder aufzurichten. Der Abgeordnete sucht statistisch nachzuweisen, daß Deutschland auch eine günstige industrielle Situation behalte. Deonomisch werde es den Teil des Industriegebietes, der Polen zugesprochen worden sei, bald absorbieren.

Briand erklärt, der Friedensvertrag zwinge Frankreich eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei eine Drohung gewesen. Sie wäre nur mit allen Alliierten gemeinsam gemacht worden, wenn Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hätte. Das erste sei, dem Lande den Glauben beizubringen, daß die Politik des Allierthens neue Lasten für Frankreich schaffe. Er sage nicht, daß sie in den Krieg führen werde,

aber die Unsicherheit werde die wirtschaftliche Erhebung unmöglich machen. Die Regierung sei zur Ausführung des Friedensvertrages zurückgenommen und habe die Rechte der Reparationskommission wiederhergestellt. Tardieu ruft dazwischen: Diese Kommission hat Instruktionen von Seiten der Regierung! Briand widerspricht und sagt, selbst der Urheber des Friedensvertrages habe erklärt, der Vertrag sei ein fertiggesetztes Werk. Daraus gehe hervor, daß der Wille Frankreichs zur Ausführung nicht genüge. Man müsse stets mit seinen Alliierten einig bleiben. Das Land müsse sich Rechenschaft darüber geben, daß der Wechselkurs den Milliarden deutscher Goldmark die Bedeutung nehme. Briand stellt fest, daß Deutschland bis jetzt genau nach dem Zahlungsplan gezahlt habe. Das Ultimatum sei angenommen worden. Was wolle man mehr? Die Darstellung Frankreichs sei weit davon entfernt, geschwächt zu sein. Die Politik Tardieus und seiner Freunde betrachtete er als katastrophal. Die weitere Beratung der Interpellation wurde alsdann auf morgen vertagt.

Beruhigung an der Berliner Börse.

Berlin, 19. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Die Entwertung der deutschen Mark ist in den letzten Tagen weit über das durch die Verhältnisse gebotene Maß hinausgegangen. Recht deutlich zeigt dies heute die Haltung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel. An der Berliner Börse wurde heute der Dollar mit 177 Mark notiert, es kamen jedoch bei diesem Devisenkurs keine Abschlüsse zustande. Im weiteren Verlauf ging er auf 173 herunter und auch bei diesem Kurs kamen keine Abschlüsse zustande. Man hat den Eindruck, als ob die überstürzten Ankäufe der Industrie und des Großhandels vollkommen eingestellt worden sind und die irrtümliche Auffassung in den beteiligten Kreisen, als müßten sie rasch ausländische Zahlungsmittel beschaffen, größerer Ruhe und Nüchternheit gewichen ist.

Amerika ratifiziert die Friedensverträge.

Paris, 19. Oktober. (Havas.) Aus Washington wird gemeldet, daß der Senat die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn ratifiziert hat. Das geschah mit dem Vorbehalt, daß sich die Vereinigten Staaten an den Arbeiten der verschiedenen interalliierten Kommissionen, namentlich der Reparationskommission, ohne eine vorherige Ermächtigung des Senats nicht beteiligen.

Gerichtssaal.

Jagow und die Kappisten vor Gericht.

Berlin, 18. Oktber. (Vollst.) Vor dem Reichsgerichte in Leipzig beginnt am 27. d. M. der Prozeß gegen den Polizeipräsidenten a. D. Traugott von Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandesbundes Freiherrn von Kappenberg wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Die beiden Angeklagten haben sich wegen Hochverrats zu verantworten. Die Anklageschrift umfaßt 160 Seiten. Bis jetzt sind 90 Zeugen geladen.

Kleine Chronik.

Bombenattentat auf portugiesische Minister.

Lisbon, 18. Oktober. (Havas.) Die Zeitung „Apo“ meldet aus Lissabon: Aus Lissabon wird gemeldet, daß am 15. d. M. ein Bombenattentat, das der Bürgermeister der Regierung gab, eine Bombe in dem Augenblicke, als die Minister den Saal verließen, geschleudert wurde. Die Bombe verfehlte beim Explodieren mehrere Minister leicht. Die Polizei hat mehrere revolutionäre verhaftet, die sich in ein benachbartes Kaffeehaus geflüchtet hatten.

Schiffszusammenstoß aus Adria?

Sofia wird gemeldet: Die hiesige russische Militärmission erhielt ein offizielles Telegramm aus Konstantinopel, nach welchem der von den Polenschiffen gemietete italienische Dampfer „Aria“ am 15. ds. um 5 Uhr nachmittags mit dem Fahrzeug „Lutull“ zusammengefahren ist, auf welchem General Wangel wohnt, der aber zu dieser Zeit zufällig in Konstantinopel weilte. Der „Lutull“ sank binnen zwei Minuten. Es handelt sich offenbar um einen böswilligen Angriff, da das Fahrzeug „Lutull“, welches am Strande nahe von Ertakof verankert war, die Durchfahrt durch den Bosporus nicht gehindert hat. Wie geben die Schlußbemerkung dieser Meldung, soweit sie den Verdacht eines böswilligen Angriffs auspricht, nur mit Vorbehalt wieder. (Die Red. d. „Sozialdemokrat“.)

Ein Miesenbrand in Budapest.

Budapest, 19. Oktober. Im Winterloch brach im dritten Budapest Bezirk ein Miesenbrand aus, welchem die Luisenmühle zum Opfer fiel. Der Brand, dessen Entstehungsursache unbekannt ist, breitete sich mit großer Raschheit aus. Es ist dies bereits der dritte große Brand, welcher während zwei Wochen in Budapest ausgebrochen ist.

Verhaftete Brillantenschmuggler.

Wien, 19. Oktober. Gestern wurden am Südbahnhof zwei italienische Juweliere, Francesco Beninati und Giuseppe D'Anno aus Messina verhaftet, da sie Brillanten im Werte von 2 Millionen Kronen aus Oesterreich schmuggeln wollten.

Das amerikanische Marineamt als Kriegerunternehmer.

Auf einem amerikanischen Kriegsschiff,

das vor kurzem in Danzig anlegte, hat bei den Deutschen, die es besichtigten konnten, auch das für die Soldaten bestimmte großartige Kinotheater lebhaftes Aufsehen erregt. Ueber die amerikanische Marineverwaltung als Filmunternehmer wird jetzt Näheres gemeldet. Monatlich laufen in der amerikanischen Marine allein etwa 15.000 Filme. Bis vor kurzem hat man diese Filme auf die gewöhnliche Weise von den Filmunternehmungen erworben, aber mit der Ausdehnung, die die Kinovorführungen auf den Schiffen der Vereinigten Staaten gewonnen haben, wurde dies unmöglich. 300 Kriegsschiffe allein in den atlantischen und europäischen Gewässern, vor denen jedes den Bedarf eines richtigen Kinotheaters hat, haben regelmäßig ihren Spielplan zu erhalten, der beständig wechseln muß. Um dies zu ermöglichen, war das Marineamt gezwungen, sich selbst als Filmunternehmer zu etablieren. Es erwies sich sogar als nötig, eine eigene Schule einzurichten, um die große Anzahl von Filmoperatoren, die für die Kriegsschiffe gebraucht werden, auszubilden. Die Schüler dieser Anstalt machen einen vollständigen Instruktionskurs durch, ohne Rücksicht darauf, ob sie vorher schon Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt haben oder nicht. Wenn sie ihre Ausbildung als Kinooperateure für ein Kriegsschiff vollendet haben, erhalten sie zu ihrer Wohnung eine Extrazulage von 25 Dollars im Monat.

Ein Millionen-Bankstroluch verhindert. Budapest, 19. Oktober. (Havas.) Die ungarische Allgemeine Kreditbank hat heute früh von Züricher Banken massenhaft Telegramme erhalten, aus welchen festgestellt wurde, daß unter Mißbrauch des Namens dieses Instituts ein bisher noch unbekanntes Individuum Züricher Banken telegraphisch den Auftrag von vielen hundert Millionen ungarischer Kronen gleichzeitig zum Kauf einer zweimal so großen Summe für Wiener Auszahlung erteilt hat. Die Tatsache, daß derartige Massenaufträge im Namen einer Bank erteilt wurden, sowie der Umstand, daß die auf dem Telegramme ersichtliche Unterschrift der Kreditbank unrichtig wiedergegeben war, fiel den Züricher Banken auf. Sie wendeten sich vor Durchführung der Aufträge an die Kreditbank mit der Bitte um neuerliche telegraphische Bestätigung. Das Institut teilte den Züricher Banken mit, daß die erwähnten Aufträge auf einer Mißfaktitation beruhen. Ob diese Mißfaktitation aus Gewinnsucht oder anderen Gründen vorgenommen wurden, wird von der Postdirektion und der Polizei festzustellen sein, denen die ungarische Allgemeine Kreditbank von der Angelegenheit Mitteilung gemacht hat.

Bedenket Des Fonds

für euer Zentralorgan!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zur Lohnbewegung im nordböhmischen Baugewerbe. Der Arbeitgeberbund für das nordböhmische Baugewerbe hat beschlossen, die Löhne im Sinne des Schiedsspruches zur Auszahlung zu bringen. Es werden daher schon für die laufende Woche die neuen Löhne gezahlt werden. Ebenso wird die Nachzahlung geregelt werden. Da die Nachzahlung verschiedene technische Schwierigkeiten macht, sind zwei Lohnzahlungstage für die Nachzahlung offen. Ein Teil der Unternehmer wird die Nachzahlung der Differenz ab 8. August schon Samstag, den 22. Oktober leisten, der andere Teil am 29. Oktober. Die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind aber angewiesen, die Nachzahlung am zweiten Lohnzahlungstage (29. Oktober) unbedingt in Ordnung zu bringen. Die Nachzahlung wird mit der Lohnzahlung in einem Geschehen. Reklamationen einzelner Arbeiter wegen der Nachzahlung sind deshalb unter der Woche nicht notwendig. Erst wenn am 29. Oktober die Nachzahlung nicht erfolgt wäre, soll diese reklamiert werden. Bei Verweigerung wenden sich die Bauarbeiter an die Gruppensekretariate des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Reklamationen wegen unrichtiger Berechnung der Nachzahlung sollen tunlichst gleich bei der Auszahlung oder am nächsten Arbeitstage vorgebracht werden.

Die Streikfrage in Sowjet-Rußland. Moskau, 16. Oktober. (Kosta Wien.) Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Privatkapitalismus kann sich jetzt eine Lage ergeben, wo es in einem Privatunternehmen zu einem Streik kommt. Der „Trud“, das Organ des allrussischen Gewerkschaftsverbandes, schreibt darüber folgendes: Streiks in Privatunternehmen werden nicht zu vermeiden sein und daher ist es eine äußerst wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, Streikfonds anzulegen, um eine materielle Basis zu schaffen, damit ein Streik mit Erfolg durchgeführt werden kann. Infolge der beschränkten Mittel des Staates können wir nicht darauf rechnen, daß wir einen solchen Streikfond anlegen, ohne von den Löhnen der Arbeiter gewisse Abzüge zu machen. Die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage beschäftigen, damit sie alle Uebergriffe des Privatkapitalismus, die gegen die Arbeiter gerichtet sind, zurückweisen können.

Streit um das internationale Arbeitsamt. Der Ausschuss des schweizerischen Gewerkschaftsbundes sprach sich mit 37 gegen 9 Stimmen für die Beteiligung an den Arbeiten des

Internationalen Arbeitsamtes aus. Er beschloß, Vertreter in die Institutionen des internationalen Arbeitsamtes abzuordnen, insbesondere an der internationalen Arbeitskonferenz teilzunehmen, um offen vor der ganzen Welt die Lage der Arbeiterklasse darzutun und die Forderungen des internationalen Gewerkschaftsbundes zu verteidigen. Diese Tätigkeit bedeutet nicht die Anerkennung der Institutionen des Völkerbundes. Der Vorstand des schweizerischen Gewerkschaftsbundes wurde beauftragt, bei Amerika die Begnadigung der in den Vereinigten Staaten zum Tode verurteilten Italiener Sacco und Bonzetti nachzusehen.

Aufsichtigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland. Im Berichtsjahr des Reichsverbandes der deutschen Genossenschaften vom 1. Juni 1920 bis 31. Mai 1921 sind nicht weniger als 2558 landwirtschaftliche Genossenschaften begründet worden. Ihre Bestandziffer erhöht sich dadurch auf 33.635.

Der Berliner Buchdruckerstreik. Berlin, 19. Oktober. Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe dauert weiter an. In einer gestern abgehaltenen Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Roffe wurde in einem Berichte des Vorsitzenden des Arbeiterrates erwähnt, daß sowohl das Tarifschiedsgericht als auch das Tarifamt der Buchdruckereien die Forderung des Druckereipersonals für unberechtigt erklärt habe. Vertreter anderer Druckereien bekundeten den Ausgesperrten ihre Sympathien und erklärten, eine geschlossene Front gegen das Unternehmertum bilden zu wollen.

Lohnherabsetzungen in Frankreich. Dem Kriege folgte in Frankreich, so wie in allen anderen Ländern, eine gute Konjunktur, die Unternehmer machten Riesengewinne, weshalb sie den Lohnforderungen der Arbeiter keinen besonderen Widerstand entgegensetzten. Mit dem Generalstreik der Eisenbahner im Mai 1920, der mit einer schweren Niederlage der Gewerkschaften endete, trat jedoch ein Rückschlag ein. Die Unternehmer gingen zum Angriff über, der Gewerkschaftsbund wurde aufgelöst und es wurden allgemein Lohnherabsetzungen vorgenommen. Diese Herabsetzungen betragen bei den Bergarbeitern je nach den verschiedenen Revieren vom März bis August 1921 sechs bis zwanzig Prozent, bei den Metallarbeitern während der gleichen Zeit acht bis einundzwanzig Prozent. Ließen sich die Arbeiter damals in einer Zeit des Rückganges der Preise Lohnherabsetzungen noch gefallen, wurde dies anders, seitdem im Juli eine neue Teuerungswelle über das Land ging. Nun versuchen die Arbeiter die schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen die Unternehmer anzuwenden und bewegen ist es in der letzten Zeit in Frankreich zu den großen Streiks, insbesondere in den Zentren der Textilindustrie des Nordens, gekommen. Der Verkauf der großen Streikwelle, die jetzt über Frankreich geht, wird zeigen, ob die Arbeiterkraft, die durch die Zerstückelung der Kommunisten erheblich geschwächt ist, instand sein wird, den Angriff auf ihre Lebenshaltung abzuwehren.

Die Vermögensabgabe in Polen. Der Finanzminister Dr. Michałski hat dem Landtag das Projekt einer Vermögensabgabe vorgelegt. Nach der Vermögensabgabe werden die Eigentümer vom Landbesitz eine Grundsteuer in der 350fachen Höhe des Jahres 1920 zu entrichten haben. Die Hauseigentümer werden eine Steuer in einer 20- bis 80fachen Höhe der des Jahres 1920 zu entrichten haben. Die Einkommensteuer wird um das 30fache erhöht. Aktiengesellschaften, Verbände usw. zahlen 15 Prozent ihres Aktienkapitals, ferner ebenso 15 Prozent ihrer Rücklagen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2273, 100 Mark 52 1/2, 100 Schweiz. Franken 1793, 100 Lire 375, 100 franz. Franken 691 1/2, 1 Pfund Sterling 37 1/2, 1 Dollar 96, 100 belg. Franken 689, 100 Beso 1277 1/2, 100 Dinar 134 1/2, 100 Lei 72 1/2, 100 österr. Kronen 3.60, 100 poln. Mark 2.40, 100 ung. Kronen 12.9 tsch. Kronen.

Preifonds des Zentralorgans

3. Ausweis.
 Abgeordnete 10.800.—, Bezirksorganisation Böhmen 50.—, Kreisorganisation Troppau 100.—, Bezirksorganisation Pödersam 100.—, Kreisorganisation Auffsig 50.—, Lokalorganisation Dax 50.—, Bezirksorganisation Bundenburg 400.—, Landesorganisation Böhmen 24.200.94, Bezirksorganisation Auffsig Land 700.—, Lokalorganisation Zwittau 300.—, Metallarbeiter Rothau 44.—, Lokalorganisation Reudorf 50.—, Bezirksorganisation Rendl 500.—, Bezirksorganisation Drauzan 100.—, „Vollwille“ Karlsbad 3000.—, Konsumverein Bilin 1000.—, Dr. Lilian Frankl, Karlsbad 300.—, Metallarbeiter Rothau 500.—, Bezirksorganisation Auffsig Stadt 10.—

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Jägerndorf, die Sonntag, den 16. d. M. stattfand, war von 30 Delegierten besetzt. Ueber die Tätigkeit des Sekretariats berichtete Genosse Tjhe. Im Berichtsjahre fanden außer den Versammlungen des Abgeordneten Genossen Deeger und des Senators Genossen Lin! in 36 Orten 110 öffentliche Versammlungen und seit 1. Juli 12 Monatsversammlungen statt. Genosse Tjhe berichtete u. a., daß in letzter Zeit in Jägerndorf auch eine Jugendorganisation gegründet wurde. Es wird Sache des Sekretariats sein, auch in den anderen Orten im Einvernehmen mit der Kreisleitung der Jugendlichen Jugendorganisation zu gründen. — Die Ernährungsfrage des Staates veranlaßte wiederholt, besonders in der letzten Zeit, in den Bezirksstädten gegen den Schanden-erlaß der Regierung aufzutreten, durch den die öffentliche Bewirtschaftung fast zur Gänze aufgehoben und eine ungeheure Verteuerung des Haushalts der Arbeiterschaft herbeigeführt wurde. Die russische Hilfeaktion wurde in allen größeren Orten besonders reger unterstützt und die Arbeiterschaft aufgefordert, ihr Scherstein für die hungernden Brüder und Schwestern in Rußland beizutragen. — Zwei Lokalorganisationen sind weggefallen, zwei wurden neu errichtet. Der Bezirk zählt demnach 38 Lokalorganisationen. — Für die Kassenbearbeitung berichtet Genosse Ruzschner, für die Kontrolle Genosse Rischow. Zum zweiten Punkt „Organisation und Taktik“ sprach Genosse Tjhe, der insbesondere auf die Notwendigkeit der Kleinarbeit verwies. Die Bildungsarbeit soll durch die Einführung von Bezirksarbeiterkursen in vollem Umfang aufgenommen werden. — Zu der darauffolgenden Debatte sprachen die Genossen Deeger, Gladecel, Sachmann, Noll, Vink, Vitner, Thiel, Burkert und Lillich. Die Konferenz führte als letzten Punkt der Tagesordnung die Wahl der Delegierten zum Parteitag und die Wahl der Bezirksleitung durch.

Jugendbewegung.

An die arbeitende Jugend aller Länder!
 Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen veröffentlicht folgenden Aufruf:
 Wieder rufen wir die arbeitende Jugend zur Feier des Internationalen Jugendtages auf. Am Sonntag den 30. Oktober 1921 wird die Arbeiterjugend für die alten Ideale des Sozialismus demonstrieren.
 Der furchtbare Abdruck, den die Menschheit durch den imperialistischen Weltkrieg erlitten hat, hat keineswegs den Völkerrfrieden herbeigeführt, sondern nur eine Fülle neuer Streitgegenstände geschaffen. Der Völkerrfriede wird mit jedem Tage durch die vereinigten Nationalisten und Militaristen aller Länder bedroht. Die Reaktionäre aller Schattierungen und die gestürzten Machthaber von gestern, die allesamt sich zu Kriegsende vor der Wut des Volkes vertrieben mußten, erheben wieder frech ihr Haupt. Die proletarische Jugend soll den herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft wieder als Mittel zum Zweck, als Kanonenfutter in neuen Kriegen dienen.

Dabei leidet die arbeitende Jugend noch immer unter furchtbarer wirtschaftlicher Not. Jede freie Stunde muß sie sich mühsam erkämpfen. Während die Jugend des Bürgertums monatelange Ferien hat, entschert die arbeitende Jugend fast ausnahmslos jedweder Urlaubsfreude. Dringend nötig ist nach den furchtbaren Schäden, die der Weltkrieg der Gesundheit der heranwachsenden Arbeiterjugend geschlagen hat, der Ausbau der Jugendschutzgebung.

Am 30. Oktober, dem Internationalen Jugendtag, demonstriert daher die arbeitende Jugend in allen Ländern:

- Gegen die internationale Reaktion!
- Gegen den völkerverderbenden Nationalismus und Militarismus!
- Für ausreichenden Schutz der arbeitenden Jugend!
- Für den Völkerrfrieden!

Kunst und Wissen.

Vortrag Wilhelm Ostwald. Der nimmermüde Forscherdrang des großen Gelehrten und Denkers hat sich einem neuen Thema zugewendet, er strebt festzustellen, von welchen Gesetzen die „Kunst“, d. i. die aufs Auge wirkende Kunst, eigentlich geleitet sei. Das scheint angesichts der Widersprüche, die in Künstler- und Kritikerkreisen von den elementarsten Voraussetzungen an aufzutauchen, notwendig und einen besonderen Antriebs gibt ihm das Beispiel der Musik. Komponisten und Musikfachverständige müssen die Harmonielehre beherrschen, vertiefter Genuß ist ohne die Kenntnis des der Musik innewohnenden Gesetzes einfach unmöglich. Erst die völlige Beherrschung der künstlerischen Mittel ver schafft jedem Schöpfer die völlige Freiheit, oder wie Goethe es ausdrückt: „Und das Gesetz erst muß die Freiheit geben!“ Experimente, die Ostwald mit einfachen Flächenformen durch deren Verschiebung, Spiegelung und Drehung vornahm und auch in seinem Uranavortrag in Lichtbildern vorführte, bewiesen ihm, daß wie in der Musik und Dichtung, so auch in der elementaren Form- und Farbenkunst eine gewisse Regelmäßigkeit, also Rhythmus und Melodie Grundlage des ästhetischen Genußes seien. Durch diese Studien bereichert Ostwald unsere Kenntnis von den Wirkungen des Rhythmischen, die Bücher für den Arbeitsprozeß so bahnbrechend nachgewiesen hat, nach einer neuen und fruchtbareren Seite hin verächtlich, namentlich die „absolute“, vom Inhalt losgelöste Malerei unserer Jüngsten kann an Ostwalds Ergebnissen nicht vorübergehen. Damit glaube ich auch schon die Schranke bezeichnet zu haben, die denartigen Betrachtungen gezogen bleiben muß. Malerei ist nun einmal, anders als die Musik, keine reine Formkunst. Wie es große Dichtungen gibt, die auf den Rhythmus verzichten und doch oben an stehen, so wird Ostwald gewiß bei der Uebersicht von Meisterbildern vergebens nach seinen „Harmonien“ suchen. Ein Erkenntnismittel mehr, hat er uns geboten, die Lösung des Problems bringt auch er nicht. Trotz dieses Einwandes war der Vortrag so reich an Ausblicken und Anregungen und der prächtige Kreis brachte seine Gedanken in so anmutiger und lebenswürdiger Form vor, daß der übervolle Saal ihm den herzlichsten Dank wußte.

Neues Deutsches Theater. Durch Erkrankung des Herrn Anbala und mangels anderweitigen Ersatzes muß die heutige Vorstellung „Einführung aus dem Scahill“, die den Mozartjubiläum er-

öffnen sollte, leider abgelehrt werden. Morgen Freitag Burcinis „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ (291-III). Samstag abends „Das Geständnis“.

III. vollständiges Sonntagkonzert. 23. Oktober, halb 4 nachmittags, Produktenbörse. Das Programm enthält zwei Standwerke der so selten gepflegten Kammermusikliteratur für Blasinstrumente: die Quintette von Mozart und Beethoven für Klarinette, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott, welche zum erstenmal in Prag von Alexander Zemlin und den ersten Bläsern des Theaterorchesters aufgeführt werden. Die jugendliche hochbegabte Pianistin Gerta Korff spielt Mozarts Phantasia C-moll. Partien zu populären Preisen von Kr. 5 bis Kr. 12 (u. Steuer) bei Wehler.

Turnen und Sport.

Eine türkische Fußballmannschaft in Wien. Die Mannschaft des Galata Erail Fußballklub, Konstantinopel, ist nach einer Tournee durch Deutschland, Schweiz und Tschechoslowakei jeder Gedankmittel bar in Budapest gelandet. Um ihnen die Rückfahrt zu ermöglichen, hat der Ungarische Fußballverband ein Weitspiel arrangiert, in dem die Türken einer kombinierten Studentenmannschaft gegenüberstehen werden.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Freitag, den 21. Oktober, im Verein deutscher Arbeiter um halb 8 Uhr abends wichtige Ausschusssitzung.

Herausgeber:
 Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
 Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Samstag den 22. Oktober 1921 220
DFC. alte Herren - St. Deutsches Theater
 Vorverkauf: 4 bis 6 Uhr Café Elektra, halb 6 bis halb 8 Uhr abends Café Continental.

am Sonntag den 23. Oktober 1921 um halb 11 Uhr.
DFC. - AFK. Vršovice
 Vorverkauf halb 6 bis halb 8 Uhr abends Café Continental. 219

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Burroughs & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefstellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-a-vis dem Obecní dům. Telephon 2871. 107

Graf's echte Suppenwürfel mußt Du probieren, wirst Du lieben!

PELZWAREN
 Herren- u. Damenpelze, Pelzjacken, Krägen, Boas, Muffe usw.
 kauft man am besten bei
F. DENNER, Prag I., Celetná 12.
 Reparaturen und Umarbeiten werden angenommen. 144

18 Théâtre Variété 18
Prag-Karlín.
 NEUES PROGRAMM!
KOTKE
 der Komiker am Fahrrad.
9 neue Attraktionen 9
 216

Das tanzende Prag besucht nur die
TANZ-BAR
ASTORIA
 Prag, Ovocný trh. 212 Entrée frei.
Gpeijetartoffeln,
 waggonweise, beste Marke, kauft Arbeiter-Konsum-Verein, Karbly. Schriftliche Offerten erbeten.

Im Gasthose des „Cerný pivovar“ am Karlovo nám. wird wieder das altbekannte
LAGERBIER
 ausgeschenkt. 192

ECHTER NUSSLIKÖR:
MAGENOL.
 FABRIK FEINSTER LIKÖRE
 WILHELM LÖW, BRÜNN.
 121

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
 AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
 PRAG, NARODNI TRIDA 20
 STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 4646 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG 142

Speziallacke, Farben sowie Staufferfett, Hnntefett, Vaselline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu äußersten Preisen in la. Qualität
Hiersche & Co.,
 Fabrik chemisch-technischer Produkte
NESTOMITZ a. E.
 Tel. 727 (40) Tel. 727

Ein Frachten-Auto, befahren oder neu, mit Ladegewicht bis 6000 kg kauft Arbeiter-Konsum-Verein, Karbly. Schriftliche Offerte erbeten. 207
Reserviert für:
MERL & WEISS
 FACHMANN. BÜRO-EINRICHTUNGEN
 PRAG, NARODNI 23a. 141

Sämtliche Druckaufträge übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němec a spol. („Pravo Lidu“) PRAG II, Hybernská 7. : Tel. 4999.
Genossen! Gedenket des Fondes zur Erhaltung eures Zentralorgans.

BERSON GUMMIABSÄTZE
 BILLIGER ALS LEDER